

Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Mit der 14 tägig erscheinenden Beilage „Der rote Stern“ und den Beilagen „Die Tribüne“, „Die Kommunistin“, „Der Jungprolet“, „Die rote Sichel“, Enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Gemeinden Dittersbach, Gottesberg, Niederhermsdorf, Seltendorf, Neu-Salzbrenn, Weltheim, Wastegersdorf.

Anzeigenpreis: Die 10gepaltene Millimeterzeile ab. deren Raum 10 Goldpfennig. Stellen- und Wohnungsanzeigen, Familiennachrichten, Verrent- und Verfallungsanzeigen 8 Goldpfennig. — Kassa mit Post. Die Millimeterzeile für halben oder deren Raum im Text 50 Goldpfennig

Sonnabend, 17. Januar 1925.

Bezugspreis: Der wochentlich 5 maligen Erscheinung monatlich 4.00 DM wöchentlich 60 Pf. Einzelne durch Streifenabl. u. Nachh. 10 Pf. Redaktion und Expedition Breslau, Leibniz-Str. 32. — Postfach 100 Breslau Nr. 744 — Fernsprecher: Breslau, Ring 9327

Steigen der Erwerbslosigkeit in Schlesien und Oberschlesien um 47 Prozent in vier Wochen.

Zwei Millionen Erwerbslose in Deutschland. Enorme Preissteigerung der Lebensmittel.

Was wir Kommunisten prophezeit haben, wird immer mehr Wirklichkeit. Alle Parteien angefangen bei den Sozialdemokraten, aufgehört bei den Deutschnationalen, haben uns gesagt, nehmt das Sachverständigengutachten an, denn das bedeutet die Grundlage schaffen für den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft und zugleich für die Besserstellung der deutschen Arbeiterklasse. Doch wie immer, ist auch diesmal die Arbeiterklasse von sämtlichen kapitalistischen Parteien betrogen worden. Das Sachverständigengutachten wurde angenommen, die ausländischen Kommunisten nahmen ihre Tätigkeit in Deutschland auf, die deutsche Reichsbahn wurde eine Aktiengesellschaft in den Händen eines ausländischen Konsortiums. Doch wo blieb das Aufblähen der deutschen Wirtschaft und die Besserstellung der deutschen Arbeiterklasse? Elende Heuschler haben wiederum die Arbeiterklasse durch die Annahme des Sachverständigengutachtens verraten und verkauft. Wir zeigen heute den schlesischen Arbeitern ein paar nüchterne Zahlen, die besser den Betrag der Erfullungsparteien offenbaren, als wie alles andere Gerede.

Nach der genauen amtlichen Statistik des niederschlesischen Arbeitsamtes hat sich die Zahl der Erwerbslosen in der vergangenen Berichtswochen erneut um über 3 200 erhöhet. Sie beträgt also jetzt 41 800 gegenüber 38 658 in der vorhergehenden Woche. Daß diese Zahl nicht die wirkliche Hohed der Erwerbslosen ist, kann jeder mit Sicherheit annehmen, denn mit dieser Zahl sind nur die auf dem Arbeitsamt Eingetragenen angegeben. Aber dennoch genügt es festzustellen, daß **in einer Woche (!) die Erwerbslosenzahl um 8 Prozent gestiegen ist.**

Und nicht nur in der vergangenen Woche hat die Erwerbslosigkeit zugenommen.

Vor vier Wochen am 19. Dezember 1924 betrug die Zahl der amtlich angegebenen Erwerbslosen in Niederschlesien 28 502. Heute beträgt sie bereits 41 800.

Wir können also feststellen, daß in noch nicht einem Monat die Zahl der Erwerbslosen sich um etwa 47 Prozent erhöhet hat. Die Erhöhung um 47 Prozent gibt selbst der amtliche Bericht zu. Um wieviel Prozent wird aber die Erwerbslosenzahl wirklich gestiegen sein?

Die Entlassungen haben in erster Linie in der Metallindustrie stattgefunden. Ein großer Abbau wurde weiter in den Eisenbahnerbetrieben vorgenommen. Im Spinnstoffgewerbe, in der Papierindustrie, im Nahrungsmittelgewerbe, im Bekleidungs- und Verkehrsgewerbe, überall wurden Entlassungen in größerem Umfang vorgenommen.

In den Breslauer Eisenbahnerbetrieben fanden 300 Entlassungen statt. Als wir im Wahlkampf den Abbau der Eisenbahner vorausgesagt, lag die „Vollmacht“ von einer „Neueinstellung von 200 000 Eisenbahner im Ruhrgebiet“. Die auf den Pfaher liegenden Eisenbahner können jetzt wieder einmal die Wahnerliebe der sozialdemokratischen Presse erkaufen.

Weitere Entlassungen betrafen die Industrie der Stein und Erden, das Bergbau- und Holzgewerbe, besonders in Breslau, die Galt- und Saurewirtschaft und die Hausangestellten.

Während die Lebensmittel im Preise steigen, die Lebensmittel fehlen, die Massen unterernährt sind, schränkte die schlesische Kartoffelproduktion in Wenig-Wohnau, Kreis Schweidnitz, ihren Betrieb ein. Die Walt- und Marga-Fabrik der Firma Saebach in Ramlau führte Kurzarbeit, 32 Stunden in der Woche, ein.

Am schamlichsten ist die Lage für die ungelerten Arbeitskräfte, deren großes Angebot tandig auf den Markt drückt.

Auch für den kaufmännischen Angestellten ist die Lage noch ebenso schlecht wie im Dezember. Die Hoffnungen auf das Weihnachts- und Neujahrsgehalt haben sich nicht erfüllt. Das Angebot an Kontingental ist überreichlich. Stenotypistinnen bis zu 20 Jahren finden Stellung. Darüber hinaus heißt es: Zu alt, das heißt — zu teuer. Die armen Kapitalisten können es nicht bezahlen.

In Oberschlesien genau dasselbe Bild. Die Zuckerraben haben ihre diesjährige Kampagne beendet und nahmen große Entlassungen vor. Allein die Zuckerrabfabrik in Kreuzburg

hat 250 Arbeiter aufs Pfahler geworfen. Vorwiegend werden weibliche Arbeitskräfte entlassen.

Auch im Baugewerbe fanden Entlassungen statt. Ferner entlich die Flugbauverwaltung in Reisse und Oppeln eine größere Zahl Arbeiter.

Ebenso ist die Lage bei der Eisenbahn. Die Bahnmeisterei Loben hat mehrere Entlassungen vorgenommen.

Die Ursache des Anstiegens der Erwerbslosenziffern ist nicht in irgendwelchen Neugierlichkeiten und Zufällen begründet, sondern in der Unfähigkeit des Kapitalismus, die Wirtschaft wiederanzubauen, die Wirtschaftsanarchie zu überwinden, zu einer planmäßigen Versorgung der Bevölkerung mit allen Bedarfsartikeln überzugehen. Die große Erwerbslosigkeit wächst nicht nur in Niederschlesien, sondern in ganz Deutschland und ebenfalls in den „Sieger“-Staaten. Das Steigen der Erwerbslosigkeit ist das Zeichen des Niederganges des Kapitalismus. Kein Sachverständigengutachten, keine sozialdemokratischen Whrasen werden die Arbeiter darüber hinweistufen, daß die heutige Krise in der niederschlesischen Industrie eine Krise des kapitalistischen Systems ist. Hier hilft kein Kapitalist und Sozialdemokrat uns als letzte Rettung empfehlen haben, ist nicht imstande, wie obige nachteren Zahlen zeigen, den Arbeitern Deutschlands bessere Lebensbedingungen zu schaffen. Auch in Zukunft wird die Erwerbslosigkeit von Woche zu Woche steigen, und wenn die Arbeiterklasse aus ihrem Elend herauskommen will, kann sie keinen anderen Weg geben, als den, den die Kommunistische Partei vorschreibt: Kampf gegen den Sachverstandigenplan! Kampf gegen alle kapitalistischen Parteien und ihre Zuhälter, Kampf für die Gothaer Forderungen!

2 Millionen Erwerbslose.

In einem halben Monat eine Zunahme von 71 000.

Breslau, 16. Januar.

In der Zeit von Mitte bis Ende Dezember 1924 hat die Zahl der Sachverstandigenempfanger in der Erwerbslosenziffer von 458 000 auf 529 000, d. h. um rund 15 Prozent

zugenommen. Im einzelnen hat sich die Zahl der männlichen Hauptunterstutzungsempfanger von 421 000 auf 488 000, die der weiblichen von 37 000 auf 41 000 erhöhet. Die Zahl der Zuschlagsempfänger, unterstützungsberechtigten Angehörigen von Hauptunterstutzungsempfangern ist von 606 000 auf 710 000 gestiegen. Die starke Zunahme erklärt sich einmal daraus, daß infolge der lang andauernden milden Witterung die Anheberrufe die im Spätherbst üblichen Entlassungen in diesem Jahre später vorgenommen haben, zum anderen Teil entspricht die Erhöhung nach dem Weihnachtsfest allfahlich eintretenden Zunahme der Arbeitslosigkeit.

Weit über eine halbe Million unterstützte Erwerbslose, das bedeutet annähernd

2 Millionen Arbeitslose in Deutschland

denn Unterstützung beziehen in der Regel kaum 30 Prozent der gesamten Erwerbslosen.

Dunkles Brot 60 Pf., helles Brot 72 Pf.

Anziehen der Milch und Zuckerpriese.

Gleichzeitig mit dem Steigen der Erwerbslosigkeit in Deutschland beginnt ein erneutes Ansteigen der Lebensmittelpreise. Während die gute Butter, die allmählich vom Tisch des Arbeiters vollkommen verschwunden und ein Nahrungsmittel ausschließlich der Bourgeoisie geworden ist, im Preise sinkt, erleben wir ein erneutes Ansteigen der wichtigsten Nahrungsmittel des Arbeiterhaushaltes. Das dunkle Brot kostet in Breslau am vergangenen Donnerstag von 56 auf 60 Pfennig, die Milch von 26 auf 29 Pfennig, der Zucker von 29 auf 32 Pfennig.

Alle Preissteigerungen von einem Fallen der Lebensmittelpreise, einem Steigen der Löhne, einem Wiederaufleben der Industrie durch die Annahme des Dawesgutachtens, haben sich als Lug und Trug erwiesen. Der Dawesplan zeigt sein wahres Gesicht als ein Plan des Hungers und der Aechtung der arbeitenden Massen.

Fort mit der Regierung Luther!

Erklärung der Kommunistischen Reichstagsfraktion.

(Eigener Drahtbericht.)

Breslau, 17. Jan.

Die Kommunistische Reichstagsfraktion gab gestern im Reichstage folgende Erklärung ab:

Die Kommunistische Reichstagsfraktion betrachtet die Regierung Luther als eine offizielle Regierung der Monarchisten und des Kampfes gegen die Arbeiterklasse. Das Programm der Regierung Luther ist die Verschärfung des Kampfes gegen die arbeitenden Massen und ihrer schonungslos politischen und sozialen Entrechtung, insbesondere der Anhebung der kommunistischen Bewegung, ihrer Presse und ihrer Funktionäre. Die Regierung Luther bedeutet nicht allein schärfe Unterdrückung der Gesamtarbeiterklasse, sondern auch die Zerschlagung des Achtstundentages, des Zweiklassen Systems, der Erhöhung der Löhne, der Schugzolle und der stärksten Steuerbelastung für die besitzlosen Massen.

Die Lutherregierung rechnet fest darauf, daß sie bei allen diesen Plänen von der SPD. in allen Teilen unterstützt wird. Die bürgerlichen Parteien betrachten die jetzige Sachlage mit großer Ruhe, da sie fest überzeugt sind, daß im entscheidenden Moment, bei ausbrechenden sozialen Bewegungen, nach allen geschichtlichen Erfahrungen die Bourgeoisie auf die Hilfe der sozialdemokratischen Führer rechnen kann. Die Sozialdemokratie wird die bevorstehenden Kämpfe der Arbeiterklasse gegen den verschärften Kurs der Schwarzindustrie sabotieren und durch eine ins Parlament verlegte Sachlageopposition die ausbrechenden Kämpfe dazu bringen, aufs neue die Pfahler zum Verrat der Arbeiterklasse zu erobern.

Wrangel und der Feldzugsplan gegen Sowjetrußland

Die Weien wollen im April losziehen.

Auf Grund von sikeren Informationen berichtet das Zentralorgan der Französischen Kommunistischen Partei, L'Humanité, daß die serbische und die bulgarische Regierung ein Abkommen mit der Weigenarmee des General Wrangel abgeschlossen haben. Wrangel wird die weiße Armee in Serbien und der General Glavo die in Bulgarien auf

die Beine stellen und organisieren. Der Beginn des weigen Feldzugs gegen die Sowjetunion ist auf April oder Mai angesetzt.

Die Regierungserklärung verschoben.

Die Regierungserklärung, die gestern vom Kabinett Luther abgegeben werden sollte, wurde auf Montag abend vertagt, da Verhandlungen ur die Regelung des Reichsjustiz-, Reichsinn- und Reichsverkehrsministeriums noch zu keinem Erfolg geführt haben.

Samstag, den 18. Januar, vorm. 10 Uhr im „Schiewerder“ Massenkundgebung

Die Arbeitslosigkeit wieder im Steigen.

Das sächsische Landesamt für Arbeitsvermittlung veröffentlicht über die Lage auf dem sächsischen Arbeitsmarkt für die Zeit vom 28. Dezember 1924 bis 3. Januar 1925 einen Bericht, woraus wir folgendes entnehmen:

Die Jahresende brachte erhebliche Zunahme der Arbeitslosigkeit. Zahlreiche Entlassungen in den Außenberufen und Entlassungen in größerer Anzahl in anderen Berufen. So sah am 1. Januar 1925 53 380 Hauptunterstützte, wovon 59 318 Zuschlagempfangler in Sachsen vorhanden waren. Gegenüber dem 15. Dezember 1924 bedeutet dies eine Zunahme von 10 011 männlichen und 1224 weiblichen Hauptunterstützten sowie insgesamt 13 668 Zuschlagempfanglern.

In Sachsen gibt es außerdem mindestens noch 15-20 000 Erwerbslose, die keine Erwerbslosenunterstützung mehr beziehen. In Berlin ist in der ersten Woche des Jahres die Zahl der unterstützten Erwerbslosen auf 30 724 gegenüber 29 641 in der Vorwoche gestiegen, bei den Arbeitsnachweisen waren 58 616 gegenüber 56 768 Arbeitslosen eingetragen.

In derselben Zeit sind in Sachsen Anzeigen über beabsichtigte Betriebsstilllegungen in der Maschinen-, Textil- und Holzindustrie eingelaufen, die sich auf 16 Betriebe beziehen. Ueber die Lage des deutschen Maschinenbaues berichtet die "Deutsche Allgemeine Zeitung" vom 10. Januar, daß obwohl sich der Durchschnitt der wöchentlichen Arbeitszeit wieder um etwas erhöht hat, die Aussichten für die nächsten Monate ungünstig sind und in erster Linie vom Ausgang der Handelsvertragsverhandlungen abhängen. Wie bekannt, steht ein deutsch-französischer Zollkrieg in Aussicht, was sich sofort im gewaltigen Steigen der Arbeitslosigkeit im deutschen Maschinenbau auswirken würde.

Die von den Kommunisten angelegte Entwicklung bestätigt sich vollumfänglich. Wir behaupteten, daß der deutschen Bourgeoisie die Flucht vor der proletarischen Revolution von der Nichterfüllungspolitik zur Erfüllungspolitik nur ganz kurz vorübergehend nützen kann. Wir behaupteten, daß der Dawesplan die Verwandlung Deutschlands in eine Industrielandwirtschaft, deren Weichen nicht nur in verschärfter Ausbeutung durch Lohnbruch und Arbeitszeitverlängerung, sondern auch durch ein gewaltiges Steigen des Arbeitslosenheeres besteht. Diese unsere Voraussage scheint jetzt ganz akut zu werden. Die deutsche Bourgeoisie war seit der Annahme der Dawesgesetze stolz und die deutsche Sozialdemokratie prahlte von einem Dawesparadies, indem sie das Wunder der Stabilisierung der Devalua und der Arbeitslosigkeit priesen. Das Wunder der Stabilisierung der Devalua wird wohl auch bald zum Teufel sein. Aber inzwischen geht das zweite Wunder zu Ende. Im letzten Halbjahr gab es in Deutschland über anderthalb Millionen Arbeitslose und Kurzarbeiter, wovon allerdings die Statistik nur die halbe Million der Unterstütztenempfänger erfaßte. Damit war selbstverständlich die Tatsache des Bestehens einer riesigen Arbeitslosenarmee nicht aus der Welt geschafft. Diese Tatsache wird jetzt zu einem der Hauptbestandteile der revolutionären Aktivität der Massen, wenn das Steigen der Arbeitslosigkeit endlich diese verzweifelte Masse in Bewegung setzt.

Beobachtet man die Arbeitslosenziffern im Ausland, so weisen sie in fast allen Ländern in den letzten Monaten eine ununterbrochene Steigerung auf. Darunter auch vor allem Großbritannien, Dänemark, Italien, Norwegen, Polen, Schweden und Schweiz. So zieht die Verwandlung Deutschlands in eine Industrielandwirtschaft auch auf dem Gebiete der Arbeitslosigkeit eine Kapitaloffensive in anderen Industrieländern Europas nach sich.

Bezeichnend in diesem Zusammenhang ist die Tatsache, daß im Reichsetat für das Jahr 1925 die Ausgaben des Reiches (außer den Reparationszahlungen) höher angegeben werden als für das Jahr 1924 trotz des gewaltigen Abbaus der Beamten, dem die SPD begeistert zustimmte mit der Behauptung, daß er eine Ersparnis von etwa 10 Prozent in den Reichsausgaben nach sich ziehen werde.

Neben den bevorstehenden Kämpfen um Lohn- und Arbeitszeit muß die Frage der Arbeitslosigkeit nunmehr in den Vordergrund der Aufmerksamkeit der gesamten deutschen Arbeiterschaft treten.

Getrennt von der Arbeiterschaft werden die Beamten genasührt.

Die badische Regierung hatte nach einer Verordnung vom 12. Dezember 1924 den Beamten der Bevölkerungsgruppen I-F eine Zulage zu den Grundgehältern von 20 Prozent bewilligt. In derselben Zeit haben die Reichsbeamten durch Verordnung des Reichsfinanzministers nur 12 1/2 Prozent Gehaltszulage erhalten. Deshalb erhob der Reichsfinanzminister gegen die Verordnung der badischen Regierung Einspruch.

Nunmehr entschied am 12. Januar 1925 der Reichsfinanzgerichtshof über den Einspruch des Finanzministers. Der Einspruch des Finanzministers wurde als begründet anerkannt, die Kosten des Verfahrens dem badischen Lande auferlegt, die badische Regierung zur Ungültigerklärung ihrer Verordnung gezwungen — und den badischen Beamten bleibt das Nachsehen.

Hier steht nicht die Frage, wer besser sei, die weiche badische oder die schwarzweiße-schwarzrote Reichsregierung. Wenn die badische Regierung plötzlich vor dem Reichsfinanzminister ihr warmes Herz für die uneren Staatsbeamten entdeckte, so hat sie wohl die richtigen Gründe dafür gehabt. Sie ist es übrigens nur in der sicheren Überzeugung, daß die Reichsregierung ihr gerade jenen Ausweg verschaffen wird, den sie ihr selbstlich nunmehr verschafft hat.

Aber worauf es ankommt, ist die Tatsache, daß, wenn die Beamten von ihren demokratischen Illusionen nicht lassen — ihnen immer das Nachsehen bleiben wird. Nicht durch die Güte irgendeiner bürgerlichen oder sozialdemokratischen Regierung kann ihnen ein menschlicher Lebensstandard anerkannt werden. Sie selbst müssen sich diesen erzwingen. Und das tun sie, wenn sie in einer Front mit der Arbeiterschaft verharren, und wenn die uneren Beamten ähnlich wie die Arbeiterinnen in der kommunistischen Partei den einzigen Träger im Kampfe um ihre gewerkschaftlichen Interessen erkennen und dafür sorgen, daß ihre Gewerkschaften von dieser Partei erobert werden.

Des Doppelgehalts der Reformisten.

In der "Bergarbeiterzeitung", dem Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands, polemisiert der Redakteur gegen ein Doppelheften, das der bekannte Vorsitzende des Verbandes deutscher Eisen- und Stahlindustrieller H. Kell, Mitglied des vorläufigen Reichswirtschaftsrates, veröffentlicht hat.

„In unsere Herren Mitglieder! Hierdurch zur gest. Nachricht, daß wir laut Bericht unserer Sitzung großen Wert auf Ueberwinden legen, besonders bei den Gruppen Schwerarbeiter, um bei den kommenden Arbeitsverhandlungen mit greifbaren Belangen entgegenzutreten zu können. Wir bitten hiermit Kenntnis anzunehmen zu wollen und sind die dringende Bitte, Material sofort, zum mindesten aber bis zum 31. Dezember 1924 zu senden. H. Kell.“

Aus diesem Schreiben geht einwandfrei hervor, mit welchem Gedächtnis Mitglieder des Verbandes um die Arbeiterschaft verfahren zu wollen und ethisch. Wenn die Bergarbeiterzeitung dagegen polemisiert, so hat sie recht, nur verzichtete sie darauf, daß die Führer des Bergarbeiterverbandes es waren, die den schändlichen Arbeitszeitverlängerungen im Berg-

bau zustimmten. Wenn sie, die doch immer für den Aufbau der kapitalistischen Gesellschaft eintreten, heute in parlamentarischer Weise gegen die oben angeführten Worte polemisieren, werden die Bergarbeiter leicht ihr Urteil fällen. Als Antwort auf die Unternehmerrhetorik und Unternehmerrhetorik gibt es nur eins, keine Stunde Mehrarbeit den deutschen Vorgesetzten.

Betrieb und Werkstatt Hüttenmeister Bittner.

Sonnabends ist bei Hesse A.-S., Aebau, nur eine Stunde Mittagspause, daher geht der Arbeiter W. Bachmann zu seinem Vater in die Glaswerke A.-S. Mittagessen. Vorigen Sonnabend nun sah ihn dort der jetzige Hüttenmeister (früher Glasmacher) Bittner, ein Antreiber ersten Ranges und verbotlich den Aufenthalt des Arbeiters in der Glasfabrik. Bittner hat seinen früheren Stand vergessen. Bittner hat aber auch die Prügel vor früheren Stand vergessen, die er aus folgendem Anlaß bekam: Bittner besitz eine Hundebestie. Dieses Biest fuhr, als er von einer Sauerei nachts 10 Uhr nach Hause kam, dem Fabrikanten Schaubert in die Beine. Dieser erlachte Bittner, den Hund zurückzurufen. Bittner tat das nicht, sondern überhäufte H. Schaubert mit unflätigen Schimpfworten. H. Schaubert ging seiner Wege, da der Mann angeheult war, wurde aber von Bittner überfallen. Wir sind überzeugt, eine Tracht Prügel hätte durchaus nichts geschadet, aber diesmal drehte H. Schaubert den Spieß um und verprügelte den rauschhaften Hüttenmeister Bittner. Bittner der Knochenstock in Erinnerung ging. Bittners Hund wurde gleichgültig zu und schien sich darüber zu freuen. Wir können dazu nur bemerken, daß Bittner, wenn er kein Erbein in der Hütte weitermacht, eine neue Tracht Prügel garantiert ist, aber diesmal nicht von bürgerlichen, sondern von proletarischen Prüglern.

Billige Arbeitskräfte.

Der Klub Aebau baut in Allersdorf, einem Nachbarorte, eine Sprungbrücke. Seit langem sind dort Strafgefangene beim Bau beschäftigt. Nun beabsichtigt man, ausschließlich Strafgefangene dort zu verwenden und macht dadurch mindestens 20 Arbeiter arbeitslos. Warum tut man das? Die Gefangenen erhalten pro Tag 6 Pfg. Arbeitslohn. Die Gefängnisverwaltung verlangt aber 1 Mark pro Mann. Unseres Dafürhaltens gehört jedem Gefangenen der fünfte Teil des Geldes als Entgelt, das wären 20 Pfg. pro Tag. Wo bleibt das Geld? Für 1 Meter Holzspalten verlangt die Verwaltung 2,40 Mark. 3 Mann spalten als Person im Gefängnis täglich 1 Meter Holz und erhalten zusammen 18 Pfg., ein nettes Geschäft. 1923 sah ein Genosse eine politische Strafe hier ab. Dieser Genosse wandte sich, eben wegen des horrenden Lohnes, beschwerdeführend nach Breslau. Nach drei Wochen erhielt er Nachricht, er könne gegen Einzahlung von 3 Mark Antwort auf seine Anfrage erhalten.

Östlicher Staat und herrlich billige Arbeiter.

Seit Jahr und Tag sind bei obiger Firma die Kessel defekt, so daß nach Aussagen der Arbeiter dauernd Betriebsstörungen eintreten. Wo bleibt der Gewerkschaftsrat? Durch solche leistungsfähige Handhabung der elementarsten Sicherheitsmaßnahmen, wird mal der ganze Betrieb hochgehoben. Natürlich kann man von der Firma nicht viel Verständnis für solche Fragen erwarten, kommt man doch ohne Betriebsrat dort aus. Das reinste Eldorado aller Schmierer.

Kein Betrieb ohne Betriebsrat.

Der "Deutsche Verkehrsband" vom 10. Januar 1925 berichtet über eine Entscheidung des Gewerbegerichtes von Barmen gegen die Firma Vorwerk u. Co. Diese Firma hat den Betriebsratsmitgliedern ihres Betriebes für jede Stunde, die sie den Betriebsratsangelegenheiten widmen müssen, die Löhne gelürzt. In der Begründung ihres Vorgehens erklärten sie:

Es mag der Fall gewesen sein, daß anfänglich bei der Einführung des Betriebsratgesetzes die Betriebsratsmitglieder durch die Arbeiter übermäßig in Anspruch genommen worden sind. Im Laufe der Zeit ist ihr doch eine gewisse Mäßigkeit unter der Arbeiterschaft gegenüber der Einrichtung der Betriebsräte eingetreten. Hierfür spricht die Tatsache, daß es selbst Betriebe größeren Umfanges ohne Betriebsräte gibt.

Die Firma hat vollkommen recht. Das sagen wir als Kommunisten. Wenn der Arbeiterschaft nicht klar ist, daß sie um die Einrichtung der Betriebsräte unumkehrbar und unermüdlich immer wieder kämpfen muß, wird das Wort vom 13. Januar 1925 zu Ende gebracht. Damals wurden die revolutionären Betriebsräte mit Hilfe der Reichsbannerpartei, Unternehmer plus SPD, in Behälter der Ruhe und Ordnung in Betriebe verpackt. Wer den im Jahre 1925 die Betriebsräte in größtem Umfange von der Reichsbanner-SPD bezieht, dann wird diese Einrichtung endgültig zu Grabe getragen vom gesamten Reichstagen, von den Unternehmern und der SPD.

Und so lautet unsere Forderung: In jedem Betrieb ein Betriebsrat, d. h. in jedem Betrieb ein revolutionärer Betriebsrat! Denn eine SPD-Betriebsrat bildet die Vorstufe zur Begrabung der gesamten Betriebsratsinstitution.

Aus der Provinz

An die Ortsgruppen des Bezirks Schiefen.

Am 1. Februar 1925 dürfen die Ortsgruppen nur die von der Bezirksleitung abgestempelten Beiträge, Marken verkaufen und verwenden, alle anderen Marken müssen unter allen Umständen bis zum 10. Februar 1925 an uns zurückgeliefert werden. Alle Zuschriften in Kasienangelegenheiten sowie alle Geldsendungen sind ab sofort nur an den Genossen Artur Müller, Breslau 10, Trebischer Straße 50, zu richten. Die Bezirksleitung Schiefen der KPD.

Achtung!

Alle Zuschriften an die Bezirksleitung sind von heute ab nur noch an die Adresse Alfred Hamann Breiten, Trebischer Straße 50, zu senden. Die unbedingte Beachtung dieser Aufforderung ist erforderlich zur Vermeidung von Unklarheiten, insbesondere bei Geldsendungen. Bezirksleitung Schiefen.

Achtung! Genossen Achtung!

In der Zeit vom 18. Januar bis 1. Februar finden folgende Konferenzen im Bezirk statt: 1. 1. Funktionäre des Arbeitsgebietes Hegrich. 2. 2. Unterbezirkskonferenz Waldenburg. Genossen! In diesen Konferenzen müssen alle Funktionäre der Partei unbedingt teilnehmen! Eine feste Organisation ist Voraussetzung zum Siege der revolutionären Arbeit. Lokal und Stunde der Konferenzen wird den Funktionären von den Arbeitsgebietleitern mitgeteilt. Die Bezirksleitung Schiefen.

Am Sonntagnachmittag (spricht in Ober-Waldenburg) die Genossin Ruth Fuchs.

M. D. M. G. F. Hammer und Oberhermsdorf haben so abgemacht, daß sie spätestens 1,30 Uhr auf dem Götterberg Schützenplatz sind. Waldenburg sammelt sich vor 1,30 Uhr auf dem Götterberg. Waldenburg Punkt 1,30 Uhr. Fagnen sind mitzubringen. Es wird demonstriert für Freilassung der politischen Gefangenen, gegen die Mördergrube Deutschlands, in der Tausende der besten revolutionären Kämpfer umgekommen sind. Arbeiter und Arbeiterinnen: Heraus!

Sozialdemokraten als Unternehmer.

Vor einigen Tagen brachte die "Bergwacht" und mit ihr in trauer Genossenschaft das kapitalistisch-demokratische "Landeshuter Tagesblatt" eine Notiz, wonach ein Landeshuter Kommunist Arbeitgeber geworden sei und durch Ausnutzung der Erwerbslosen und deren soziale Einrichtungen sich Sondervorteile zu verschaffen versuche. Diese Meldung ist ein beabsichtigter Schwindel und kann nur vom Dezernenten des Wohlfahrtsamtes dem Vorgesetzten, Sozialdemokraten F. Sch. n. e. r., unter Mißbrauch seines Amtes in die "Bergwacht" langiert worden sein. Wie ist die Wirklichkeit? Ein als Vertrauensmann einer Gruppe der Telegraphenarbeiter wirkender Kollege, wird, weil er die Anteile seiner Kollegen wahrnimmt, von der Selbstverwaltung gemahnt. Vom Betriebsrat und der Organisation im Blick gelassen, gelingt es ihm auch nicht seine Wiedereinstellung zu erwirken. Auf Grund eines Lebens, das er sich als Telegraphenarbeiter zugezogen hat, kann der Kollege nicht jede Arbeit annehmen. Er muß sich mit seiner Frau und den zwei Kindern sehr schwer durchschlagen. Er packte sich die Gießbahn an der Fürstenallee, und die zwei Arbeitskräfte, die er für einige Stunden zur Freimachung der Gießbahn vom Schnee beschaffte, sind tariflich bezahlt worden. Da allgemein der Forderung des Sports das Wort geredet wird, erbittert sich der Gemahnte die vorübergehende Befreiung eines Wasserwagens der Stadt durch Fuchs, um die Bahn, die sich auf einer Wiese befindet, wieder aufschließen zu können. Das ist das Verbrechen des Kommunisten. Die Arbeiter mögen urteilen.

Über nun Sozialdemokraten als Arbeitgeber. Die bereits die "Schlechte Arbeiterzeitung" berichtete, führen die Fiskusgeschlossenen Landeshuter seit einigen Monaten einen Kampf um die Innehaltung der getroffenen Vereinbarungen. Der Freiseur Bittler drohte seinen Gehilfen mit Entlassungen. Die Freiseur Fuchs und Grunz gingen dazu über, unter richtigen Vorwänden zu kündigen. Zu diesen Schamachern gesellte sich nun der Sozialdemokrat, Freiseur Bittel. Ohne Angabe von Gründen kündigt er ebenfalls seinen Gehilfen. Arbeiter und Angehörige, hier steht ihr die Sozialdemokraten in Reinkultur. Anstatt für anfängliche Kämpfe zu kämpfen, sind sie selbst Unternehmer und sabotieren als solche die gewerkschaftlichen Bestrebungen. Ueber den gemahnten Kommunisten berichtet die "Bergwacht", wo schreibt sie aber ein Wort von den Unternehmern der SPD, wo schreibt sie, daß die größten Schieber der Weltgeschichte, die Herren Barmat, Mitglieder der SPD sind? Gibt den Betründern die Quittung und legt die "Schlechte Arbeiterzeitung".

Grill schieben, dann lügen.

Die Tatsache, daß mit Hilfe der SPD zwei kommunistische Stadtratsordnere in Waldenburg in den Stadtratsordnerevorstand gewählt wurden, drehen die SPD-Kampfmänner auf einer bürgerlich-kommunistischen Verbrüderung um. Wie wir bereits gestern sagten, die Sozialdemokraten wollen damit ihren Unfall vermeiden, ist prompt eingetroffen. Denn hätten sie ihre Erklärung, daß sie sich nicht mehr an der Vorstandswahl beteiligen, zur Tatsache werden lassen, dann konnte kein Kommunist in den Vorstand kommen. Also erst schieben sie um die Welt, dann tun sie so, als wenn wir von den Bürgerlichen gehänselt seien. Das nicht wir, sondern die Sozialdemokraten schieben sich dem Bürgerum mit Haut und Haaren verschrieben haben, zeigte ja erneut die Ablehnung des kommunistischen Dringlichkeitsantrages durch die bürgerlich-sozialdemokratische Mehrheit. Es ist schon so, wie ihnen bereits in der Sitzung Angst vor der eigenen Courage wurde, wird den Sozialdemokraten jetzt Angst vor den Arbeitern. Sie fürchten die Abrechnung. Darum greifen sie zu solchen Rohstaufschmettmethoden. Lange nicht mehr. Einmal nehmen wir doch den "schönen Paul" und seinen Mitstreitern die Feder aus der Hand.

Den mit Recht bei den Arbeitern und besonders bei den Erwerbslosen hervorgerufenen Zorn über die gemeine Haltung der Sozialdemokratischen Stadtratsordnereinfaktion zu dem Erwerbslosenrat ist der "Bergwacht" in die Glieder gefahren. Denn sie schwindelt mit der sehr dummen Äußerung, daß wir Kommunisten ihr mit dem Dringlichkeitsantrag zugekommen seien. Wenn es aber stimmen sollte, dann ist ihr schändliches Schreiben gegenüber den hungernden Erwerbslosen um so gemeiner. Sie hätten also, wenn sie selbst den Antrag eingebracht hätten, dafür gestimmt, und ihn nur abgelehnt, weil die Kommunisten diese Forderungen aufstellten. Mit anderen Worten: sie machen aus der Not von 400 Menschen eine Parteiangelegenheit.

In beiden Beispielen sieht der indifferente Arbeiter, daß die SPD geschoben und dann noch gelogen hat. Und das, um den Arbeitern die Augen vor der Wirklichkeit zu verkleistern. Soll das noch lange so bleiben?

Bürgerliche Moral.

Die 15-jährige Fabrikarbeiterin F. R. Aebau, wurde von dem Sohn eines hiesigen Händlers R. Sch. am 6. Januar bei einem Tanzvergnügen betrunken gemacht und mißbraucht. Fräulein R. erkrankte die Anzeige. Wir sehen dem Verlaufe dieses Falles mit Interesse entgegen und hoffen, daß der Durchbruch richtig bestraft wird, denn in bürgerlichen Kreisen steht man den weiblichen Teil des arbeitenden Volkes ebenfalls als Freiwild an.

Arbeiterkulturschritt.

Eine ganze Reihe von Arbeiterbildungs- und Kulturbewegungen gibt es, welche versuchen, eine eigene Volkshilfe, die proletarische Bildung im Gegensatz zur bürgerlichen Bildung immer weiter zu verbreiten und mit gutem Erfolg. Aber verhältnismäßig wenig bekannt dürfte das fast 30-jährige Bestehen des Deutschen Arbeiter-Stenographenbundes, Schien Arden, sein, welcher proletarische Erziehungs- und Bildungsarbeit von Grund auf leistet. Die die Partei- und Gewerkschaftsbewegung mußte auch unser Bund eine schwere Entwicklungszeit durchmachen. Wer deshalb fortgeschritten und die deutsche Volkshilfe erkennen will, der gehe in unsere örtlichen Kreise, oder wo solche noch nicht stattfinden, melde er sich zum bürgerlichen Unterrichtsamt an beim Deutschen Arbeiter-Stenographenbund, Zentralbüro bürgerlichen Unterrichts: Erich Albenberger, Waldenburg in Schiefen, Fürstenleiner Straße 41. Anfängerkurse beginnen Ende Januar in Breslau, Ostfriesland, Waldenburg am 28. Januar abends 8 Uhr in der Stadtblauerei, in Neu-Salzbrenn am 21. Januar abends 7 Uhr in der Ob. Schule, Kosten der Beschriftung 4 Mark, Unterrichts...

Verkaufskalender.

Verkauf von...
 ...
 ...

Theater
 Sonnabend, 17. 1. 1923
 Stadttheater
 "Der Herrmann"
 ...
 ...

Schränke
Verlissos
Bettstellen
Cliche
Küchen
Sofas
Challegongue
Komplette
Schlafzimmer
Speisezimmer
Herrenzimmer

Thalia-Theater

Seute 8 Uhr
Zum 25. Male
 Der
 kühne Schwimmer
 mit Ludwig Stöckel
 Morgen nachmittag
 3 1/2 Uhr
 Die vorletzte Nacht
 (zum 110. Male)
 abends 8 Uhr
 zum 1. Male
 Haben Sie nichts zu
 erzählen?

Rheumatismus * Gicht * Nerven * Schmerzen



"Gute Fee"
 Gifffrei
 Absolut unschädliche
 Wirkt sofort
 Greift das Herz nicht an.
 Hergestellt unter Aufsicht eines staatlich approbierten Apothekers
PREIS 3 MK. D. FLASCHE
 Erhältlich in Apotheken
 Jodan bei "Fee-Vertrieb" Abtlg. 158 Berlin W. 15, Hohenzollerndamm 2. Altes 3343

Neuralgie * Ischias * Grippe * Migräne

Amtl. Bekanntmachung von Gottesberg.

Pollzeiverordnung
 für die
 an der Friedenshöhe erbaute Kodelbahn.
 Auf Grund der §§ 5 und 6 des Gesetzes
 über die Polizeiverwaltung vom 11. 3. 1850
 (Gel. S. S. 265 ff.), des § 143 des Gesetzes
 über die allgemeine Landesverwaltung vom
 30. Juli 1883 (Gel. S. S. 195) und der
 Verordnung der Reichsregierung über Ber-
 ürgungsstraßen und Bügen vom 6. Fe-
 bruar 1924 (RSBl. S. 44) wird mit Zu-
 stimmung des Magistrats zur Erhaltung
 der Sicherheit und der öffentlichen Ord-
 nung auf der Winterportbahn folgendes
 verordnet:

§ 1.
 Als Winterportbahn im Sinne dieser
 Verordnung gilt die an der Friedenshöhe
 erbaute Kodelbahn.

§ 2.
 Der Betrieb auf der in § 1 genannten
 Kodelbahn unterliegt der Aufsicht der
 Polizei oder der von ihr bestellten Personen,
 die im Dienste die Eigenschaft als Hilfs-
 polizeibeamte haben. Den Anordnungen
 der Polizeibeamten und sonstigen Aufsichts-
 organe ist Folge zu leisten.

§ 3.
 Bei der Zufahrt hat der Führer des
 Sportwagens die Fahrgeschwindigkeit
 dermaßen einzurichten, daß er jeder Zeit
 den Schritten in der Gewalt hat. Dem
 Ueberholen eines Schritters (links) ist der
 Führer des vorfahrenden Schritters an-
 zudeuten mit den Worten: "Ich überhole
 links", oder, wenn Ueberholung an der
 rechten Seite aus zwingenden Gründen nicht
 möglich sein sollte: "Ich überhole rechts".
 In der Fahrtrichtung gehende Personen
 sind anzurufen. Die Abgabe schriller
 Signale ist verboten. Bei Eintritt der
 Dunkelheit ist in möglichem Tempo zu fahren.

§ 4.
 Zum Aufsitzes sind nur die durch Be-
 sondere Befehle kenntlich gemachten Bege-
 zu benutzen.

§ 5.
 Auf Sportwägen dürfen nicht mehr
 als 2 Personen mitfahren. Nichtgeübten
 Fahrern ist dringend anzuraten, nie eine
 zweite Person mit auf den Schritten zu
 nehmen, weil die Verantwortung für
 etwaige Unfälle den Führer trifft.

§ 6.
 Aufwärtskommende Personen müssen
 dem zu Tal fahrenden Schritten rechtzeitig
 und genügend Raum geben. Schritten
 oder andere Gegenstände dürfen nicht in
 die Bahn gestellt werden.

§ 7.
 Hunde dürfen auf die Sportbahn nicht
 mitgebracht werden. Insbesondere ist es
 verboten, Hunde vor die Schritten zu
 spannen oder sie neben oder hinter den
 talabfahrenden Schritten laufen zu lassen.

§ 8.
 Das Befahren der Kodelbahn von der
 Friedenshöhe ab bis zum Ende des
 Sommerden Grundstücks mit Pferde- und
 sonstigen Wägen, Automobilen, Kraft-
 und Fahrrädern ist verboten.

§ 9.
 Bestimmungen
 für besondere Veranstaltungen:
 Falls auf der Sportbahn Rennen aus-
 getragen werden oder andere Veranstal-
 tungen stattfinden, so kann die Polizei-
 behörde die Bahn für bestimmte Zeit ganz
 oder teilweise sperren. Den Anweisungen
 der Aufsichtsorgane muß Folge geleistet
 werden. Wo für die Zuschauer durch
 Erde oder andere Hindernisse Gefahren
 drohen, dürfen diese nicht über-
 schritten werden.

§ 10.
 Zuwiderhandlungen gegen diese Polizei-
 verordnung werden, soweit nicht besondere
 Befehle oder Verordnungen eine höhere
 Strafe androhen, mit Geldstrafe bis zu
 9 Mark, im Unvermögensfalle mit ent-
 sprechender Haft bestraft. Außerdem bleibt
 es der Bahnleitung und der Polizeibehörde
 überlassen, Widerrechtliche von der Bahn
 zu entfernen.

§ 11.
 Die Polizeiverordnung tritt mit dem
 Tage ihrer Verkündung in Kraft.
 Gottesberg, den 12. Januar 1923.
 Die Polizeiverwaltung.
 Dr. Meißnermann.

Unser Inventur-Ausverkauf

beginnt morgen

Wir wollen nicht nur räumen —
 Das tun wir ohne Rücksicht auf Verluste!

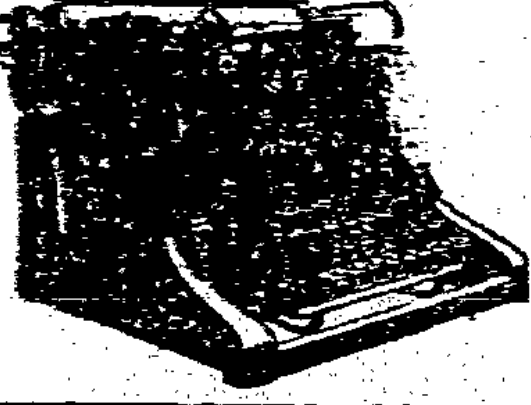
Wir wollen Sie auch mit den
 wichtigsten Waren versehen, die
 Sie jetzt am nötigsten brauchen.

Darum haben wir uns Riesenmassen
 täglicher Bedarfsartikel
 unglaublich billig beschafft
 und werden Sie mit
Qualitätswaren
 zu so
 niedrig kalkulierten Preisen
 versorgen,
 daß Ihr eigenes Interesse
 Sie zu uns führen muß.

Besichtigen Sie unsere Schaufenster!



Schreibmaschine
Deutschland
 mit Zweifarbband
ersklassig!
Bequeme
Teilzahlung
 (ganz geringe Anzahlung).
 Verlangen Sie Prospekt Nr. 272.
J. Max Koch, Neustadt (Orla).



Billig! Billig!
NORDSEE

Geschäftsführer: Fedor Crapp.
 Nur
 Nur
 Nur
 Ferasprecher: Dm 5290, 5291, 5292.
Salzheringe
Oelsardinen
 noch zu alten Preisen
 die Dose von 45 solange an der Vorrat reicht.
 Billigste Bezugsquelle für Wiederverkäufer

Parteien
 und Klassen im Spiegel der
Reichstagswahlen

Eine Studie über den Charakter
 der Parteien als Klassenorgane
 Mit statistischem Material über die berufliche
 Schichtung und die Ergebnisse der
 Reichstagswahlen von 1907
 bis 7. Dezember 1924
Emil Eichhorn
 M. D. R.

Die Broschüre ist 90 Seiten stark (mit Umriß) versehen,
 und kostet 6 Pfg. Zu haben in der hiesigen Verlags-
 Gesellschaft G. m. b. H., Breslau 10, Trebnitzer Straße 53.
 Preis 6 Pfg. 100 Exemplare 50 Pfg.

Zentral-Ball-Saal
 Westendstr. 50 52. Telefon O. 1712
 Jeden Sonntag:
TANZ!
 Der Saal ist stets zu den kulantesten
 Bedingungen den Vereinen bestens
 empfohlen.

Genossen der Ohlauer Vorstadt
 kauft Eure Tabakwaren
 bei Euren Parteigenossen
Otto Zickler, Zigarrengeschäft
 Tanenztienstraße Nr. 181
 neben Kohlenhandlung Karl Winkler

Herren-Garderobe
 fertigt preiswert an
Radlewski
 Oderstrasse Nr. 14, III.

Zum Anfertigen von
Kleidern, Blusen, Wäsche
 usw.
 empfiehlt sich
Elfriede Müller
 Dirigstrasse 47
 = Ober-Langenbielau =

M. Schreiber,
 Friedland, Bez. Breslau,
 Reichsstr. 27-28

Schlesische
Verlagsgesellschaft
 G. m. b. H.
 Breslau
 Trebnitzer Straße 53
 I. d. Buchhandlung
Zehn Tage
Die die Welt
erschütterten
 von John Reed.
 Preis: 1,30 Mk.
 Brochürent
 243 Seiten stark

„Wieder vorwärts!“

Referat zur politischen Lage im Zentralschub der SPD.

Der letzte Zentralschub, am Vorabend der Reichstagsauflösung, stellte sich zur Aufgabe die Herausarbeitung der allgemeinen politischen Linie, die Durchführung der Lösung:

Die SPD, die einzige Arbeiterpartei.

Die Praxis des Wahlkampfes gab uns Gelegenheit, Erfahrungen zu sammeln, wie weit wir diese Linie bereits durchgeführt haben.

Die Wahlkampagne, die die Partei in einer objektiv und subjektiv schwierigen Lage traf, löste in der Partei eine gute und aktive Stimmung aus. Die Partei ist entschlossen, alle Angriffe, die sowohl von außen, wie von innen auf Grund der Wahlkampagne gegen die Partei gemacht werden können, mit eiserner Energie zurückzuschlagen. Der rechte Flügel der SPD, insbesondere die Ueberreste des Brandlerismus, spekulierten darauf, daß bei irgend welchen Neuwahlen der Verfall der SPD zu einer Seite geschehen würde. Die Erklärung der Genossen Thalheimer und Brandler lieferten das Vorpostengefecht zur Erschütterung der feindlichen Stellung. Wer das Wahlergebnis hat alle diese Leute sehr schwer enttäuscht, die hofften das Sektierertum der Brandler und Moskauer Linie bewirken zu können.

Das Wahlergebnis ist aus folgenden sehr einfachen Tatsachen zu erklären: am 4. Mai waren wir getragen von einer allgemeinen Sympathie der Massen für den Kommunismus, die für die Lebensjahre 1923-24, den Belagerungszustand den Sozialdemokraten die Luft zum Atmen geben wollten. Gleichmäßig wuchs unser Einfluß im ganzen Reich.

Die Wahlen am 7. Dezember zeigten ein ganz anderes Bild. Die Kurve schwang außerordentlich, zwischen 70 Prozent und 8 oder 4 Prozent Stimmenverlust oder gar Stimmengewinn. Die Dezemberwahlen zeigen klar, daß nur die organisierte, konzentrierte Arbeit der Partei uns heute Resultate liefert. Es hat sich noch krasser als in den Wahlwahlen gezeigt, wie richtig die politische Linie der Partei war. Es gibt keine andere Erklärung dafür, daß Hamburg so rasch 10 000 Stimmen aufgeholt hat, daß Berlin seine Position so gut behauptet hat. Das zeigt der glänzende Erfolg der Wahlen im Bezirk Niederdeutsch, der die Umstellung der Partei am energischsten mit durchgeföhrt hat. Der Verlust von 2 bis 30 Prozent im Erzgebirge-Lagland trotz mühsamster Arbeit beweist, daß dort die Zustimmung der Massen von Illusionen betroffen der linken SPD-Führer durch die jahrelange falsche Politik schwieriger ist.

Die deutschen Wahlen waren für die gesamte SPD von großer Bedeutung, weil gerade der Trotskismus in der Wahlzeit einen neuen Vorstoß gegen das russische ZK. unternahm. Diese Auseinandersetzung zwischen Trotskismus und Leninismus ist organisationsmäßig in der SPD viel leichter zurückgeschlagen worden als bei den ersten Debatten im Herbst 1923. Die Debatte über den Trotskismus und Leninismus darf in Deutschland nicht als theoretische Angelegenheit der russischen Partei betrachtet werden, denn wir finden im Trotskismus alle jene Mängel wieder, welche uns in der eigenen Partei an der Entfaltung unserer Aktivität hemmen.

Durch die Wahlen hatten wir einen Maßstab, wie wir heute in den Massen stehen. Wir sind in der Partei in einer gewissen stillen Stimmung nicht nur, weil wir uns gut geschlagen haben, sondern weil die Partei spürt, daß die Perspektive der Partei über die Durchführung des Dawes-Planes sich jetzt verbessert. Um das wirklich anzunehmen, müssen wir auch dem ZK. sagen:

Wir können nicht still stehen. Entweder gehen wir zurück, oder wir gehen vorwärts, erobern nicht nur das Verlorene, sondern ziehen darüber hinaus neue Massen zu uns heran.

Heber

Die Frage der Perspektive

hat es in der SPD. niemals auch nur in der Fragestellung eine wirkliche Klarheit gegeben. Ich erinnere an die Unklarheiten, die nach dem Oktober und nach dem 5. Weltkongreß vorhanden waren. Nach dem Oktober war ein Teil unserer Parteigenossen, und nicht der schlechteste Teil, der Meinung, daß neue, nahe revolutionäre Möglichkeiten vor uns lägen. Diese Auffassung hat nachgelassen in den Debatten nach dem 5. Weltkongreß in der Fragestellung: ist nun Deutschland der Mittelpunkt der Revolution oder England?

Wenn wir ehrlich auch die Stimmungen unserer Partei prüfen, so werden wir viele Arbeiter in unseren Reihen gefehen haben, die eine unklare Vorstellung hatten von einer langen Stabilisierung, die jetzt kommen würde und von der Revolution, die irgendwo in den Wolken schwebte. Schon zur Zeit dieser Debatten begann sich in der pazifistischen Phase manches zu ändern. Als wichtiges Charakteristikum der internationalen Lage können wir heute sagen, daß das, was wir versucht haben, als Aera des Pazifismus zu kennzeichnen, zu Ende ist. Coolidge spricht zwar noch von Abrüstung und Abrüstung wird vom Frieden geredet; aber vom Frieden wird immer geredet, bis der Krieg da sein wird. Nicht das Friedensgerede, sondern die Existenz der MacDonald-Regierung, die Auswirkung dieses Friede-Sozialismus auf die anderen Länder, war das Charakteristikum der pazifistischen Aera.

Der Sturz MacDonalds hat das Gesicht der Welt verändert. Er kam im gleichen Zuge mit einer allgemeinen Welle der Verschärfung der Gegensätze. Die Rede Coolidges nach den amerikanischen Wahlen trat mit Begeisterung für die aggressive Politik des amerikanischen Imperialismus ein. In Amerika ist heute Frieden nicht mehr Mode; Mode ist die große Flottenparade, die im Stillen Ozean vor sich geben soll. Man tritt ein für die Dawesierung der ganzen Welt. Die Erklärung des Senators Hoover, der die Ausdehnung des Dawes-Planes auf alle diejenigen Staaten fordert, die ihre Kriegsschulden noch nicht bereinigt haben, ist ein Kennzeichen der Atmosphäre. In demselben Zusammenhang wird von Deutschlands Mittlerrolle in der Kolonisierung Russlands gesprochen. Das Eisenmander Sabans, die neuen Flottenabkommensänderungen, die ziemlich offene Währungs der Aufteilung Chinas zeigen, wie kriegerisch die Situation ist. Die neue Offensive gegen Russland ist ein Punkt dieser allgemeinen Linie.

Es wäre eine verkehrte Auffassung, als ob der Sindowien-Friedenswind, die Frucht vor dem Bolschewismus, der wesentliche Grund des Zusammenbruchs der MacDonald-Regierung gewesen sei. Die Enttäuschung der breiten Massen über die Unmöglichkeit der sozialen Kräfte in England, die Unmöglichkeit, die Krise zu lösen, waren die Ursachen ihres Sturzes. England denkt nicht daran, seine Weltmachtstellung wiederherzustellen anzuhören. Es bereitet sich mit großer Kraft auf die kommenden Auseinandersetzungen vor. Das hat die soziale Lage in England verhärtet hat. Nehmt man an dem verhärteten Industriekapital an der fortschreitenden Steigerung der Erbschaftsteuern. In der Verschärfung der Klassenlage haben wir den Schlüssel zur Lösung der Frage warum wir gerade nicht einen Herrschaft und die anderen englischen Gewerkschaftsführer haben, die mit Russland sympathisieren.

Die Bildung des anglo-russischen Komitees, die Stellungnahme für Georgien ist der größte Schlag, den der Menschewismus seit Jahren in Europa erlitten hat. Wir haben wieder auch von den Begreifern unanfechtbare Zeugen dafür, daß es in Russland aufwärts geht.

Es wurden eine ganze Reihe von Versuchen gemacht, den Bericht der Parces-Delegation in England nicht aus Tageslicht kommen zu lassen. Trotz all dieser Versuche hat

der Generatrat der britischen Gewerkschaften in seiner Sitzung am 29. Dezember beschlossen, für eine allgemeine Weltkonferenz ohne Bedingungen zwecks Bildung einer einheitlichen Gewerkschaftsinternationale einzutreten.

Die Delegation der britischen Gewerkschaften wurde beauftragt, auf der am 3. Januar stattfindenden Sitzung der Amerikaner Internationale für diese Linie zu kämpfen. Dieser Beschluß ist bisher nicht veröffentlicht worden. Dem von bestimmter Seite unternommenen Versuch, den Bericht der Delegation nicht zu brechen, wurde nicht stattgegeben. Der Bericht der Delegation soll innerhalb 4 Wochen gedruckt werden.

Die englische Krise ist der beste Beweis für die Unrichtigkeit der Trotskischen These von der Möglichkeit einer friedlichen Epoche im Imperialismus.

Das zweite Glasstück war Herriol. Er spielte auch eine Hauptrolle mit in der Beschlagflation der Sozialdemokratie. Herriol ist in einer schwierigeren Situation. Seine Regierung ist politisch und wirtschaftlich auf eine schwache Grundlage gestellt. Die französischen Wähler diskutieren offen die Frage einer wirtschaftlichen Krise und einer schweren Inflationskrise. Die Einnahmen aus dem Dawes-Plan werden nicht die interalliierten Schulden Frankreichs decken können. Die Zurechnung ist seit April von 450 auf 514 Punkte gefallen. Herriol hatte das Recht, die russische Anerkennung einen Tag vor den englischen Wahlen auszusprechen. Inzwischen ist eine Abänderung der Lage eingetreten. Frankreich schwankt zwischen der Rückkehr zur antibolschewistischen Front und der Annäherung an Russland. Bei dieser Gelegenheit möchte ich noch einmal den Dawes-Plan für Frankreich erwähnen, der plötzlich aus der Versenkung aufgetaucht ist, und der dieselben Maßnahmen enthält für Frankreich, wie für Deutschland. sehen jetzt heftige Proteste von England, man könne es nicht abwarten, daß Frankreich seine Schulden an Amerika zahle, aber gleichzeitig England nicht bezahle. Es ist gegenwärtig eine heftige Briefkampagne darüber zwischen England und Amerika entstanden. Vorläufig ist diese Frage von der Bildfläche verschwunden.

Wir haben jetzt ein Aufblähen der französischen Partei erlebt, Massenemonstrationen in Paris, eine Verklärung des kommunistischen Einflusses bei den Massen. Das ist ein Symptom für die Verschärfung der Klassengegensätze, ein Beweis für die Richtigkeit unserer These, daß die Schwierigkeiten innerhalb des Imperialismus wachsen.

Stärken ist kein Gegensatz dazu. Wir sehen eine steigende Erwerbslosenrate, eine Zunahme der passiven Handelsbilanz in den Staaten, wo sie schon bisher passiv war und eine passive Handelsbilanz in der Tschechoslowakei, wo sie bisher aktiv war. In Oesterreich ist das Wort „Sanierung“ zu einem Witz geworden, bei dem das Volk zu lachen beginnt. Auch bei uns wird das bald so werden. Zusammengefaßt kann man sagen: Im allgemeinen ist die Tendenz, wie wir heute sehen,

eine Verschärfung der imperialistischen Gegensätze, eine allgemeine Zuspitzung aller Konflikte, eine neue kriegerische Atmosphäre,

ein Renaussleben der Angriffspläne gegen Russland, der Aufteilung Chinas in den letzten Monaten. Es wäre übertrieben, zu behaupten, daß wir vor einem neuen Kriege gegen Russland stehen. In den großen kapitalistischen Staaten sind die Kräfte des Proletariats zu stark und die kleinen Staaten können keinen eigenen Angriff führen. Aber es sind Versuche der Einschüchterung, einestheils um Zugeständnisse zu erreichen, andererseits, um Vorbereitungen zu treffen. Die ganze Atmosphäre gegen Russland entspricht einer Vorbereitungsperiode, die auch gegen den Willen der beteiligten Partner kriegerisch ausbrechen kann.

In welcher Periode leben wir in Deutschland und welche Taktik haben wir in dieser Periode zu beobachten?

Wir befinden uns zweifellos in einer

Periode zwischen zwei Wellen der Revolution.

Aber dieses Stadium ist keine feste Insel, auf der wir uns festsetzen können. Diese Periode erfordert, daß wir die bekannte Maderische Frage an das Schicksal: Was macht die Komintern, wenn die Revolution nicht unbedingt auf der Tagesordnung steht? klar beantworten:

Die Taktik der Komintern muß die Vorbereitung der Revolution sein, durch Arbeiterpolitik, verbunden mit dem schärfsten Kampf gegen den Menschewismus, unter gleichzeitiger Aufzeichnung des Endzieles und der Machfrage.

Die Aufgabe des heutigen Zentralschusses besteht darin, diese These in der Partei so durchzusetzen, daß wir endlich die vorhandenen Schwankungen überwinden. In den Mittelpunkt dieser Arbeiterpolitik müssen wir die Frage der Teilnahme des Proletariats stellen, so, daß alle Genossen die Ueberzeugung haben; wenn wir diese Kämpfe nicht mit der ganzen Kraft führen, dann werden wir niemals den entscheidenden Endkampf führen.

Das Aufgeben des Kampfes gegen den Menschewismus würde gerade jetzt die Liquidierung der Komintern, der kommunistischen Partei Deutschlands bedeuten. Der Trotskismus ist trotz aller Phrasen und trotz allen Zusammenbringens mit der militärischen Arbeit nichts anderes, als die Liquidierung der deutschen und der russischen Revolution. Die Theorie der „permanenten Revolution“ von Trotski könnte man auch überlegen in die Sprache der 2^{ten} Internationale, die sich auch zur Revolution bekannte, aber nicht eher beginnen wollte, bevor es nicht sicher war, daß die hochkapitalistisch entwickelten Länder zur Revolution bereit waren. Bereits im Dezember 1921 hat Trotski in einem Brief, der in der Anprezierung veröffentlicht ist, diese Auffassungen eingeleitet. Die liquidatorische Tendenz; der Trotskischen These vom deutschen Oktober findet sich vielfach bei unseren Arbeitern ausgeprägt in der Auffassung vom Verrat der Führer, von den einige-mal guten Vorbereitungen kurz vor dem Oktober, und von der dann eintretenden Pause, in der wir nichts tun können. Das größte Hindernis ist die Stimmung: „Es hat alles keinen Zweck mehr; wir haben doch verloren; wie kam es vor uns an unseren Führern.“ Diese Oktoberbeurteilung finden wir bei Trotski. Sie steht nur in einem kaum merklichen Widerspruch zu Brandler. Das Ausschließen der Aktion, bis die Revolution kommt, das Untertönen von Teilkämpfen, wie wir es gehabt haben, sind typische Züge des Trotskismus sowohl als des Brandlerismus.

Dieser Trotskische Vorstoß hat sofort eine Reaktion in der Internationale hervorgerufen. (Der Referent zitiert einige Stellen aus einer nicht veröffentlichten Trotski-Rede von

Arbeits-Tschechoslowakei.) Ein weiteres Merkmal der Umgruppierung im Lager des rechten Flügels ist der Artikel des Genossen Warzki: „Meine Fehler“, der viel geschickter vorgeht als Brandler und Thalheimer. Diese sind von Trotski abgerichtet in den Punkten, in denen sie am leichtesten abdrücken konnten, in der Frage der Beurteilung der Oktober-Ereignisse. Sie dachten, die Internationale würde sagen: „Rehret zurück, es ist alles vergeben.“ Aber sie haben dies Mandat mit jubelndem Geschimpfe verbunden. Wenn die Hamburger Punktlösung gegen 8 oder 4 Stimmen den Ausschlag Brandler und Thalheimers verlangen, so ist das durchaus verständlich. Auf der kommenden Sitzung der Erweiterten Exekutivkommission unsere Aufgabe sein, zu verlangen, daß die rechten Elemente aller Parteien nicht in die Führung zugelassen werden. Der Sinn der Reichstagswahlen war: für die Stabilisierung eine stabile Regierung zu schaffen. Das Resultat der Wahlen zeigt, daß die Beruhigungswahlen eine noch größere Beunruhigung geschaffen haben. Die Beruhigung für die Untertnehmer, daß die SPD. auf der Front der wirtschaftlichen Klassengegensätze zurückgeschlagen wurde, ist nicht gegeben.

Wir hatten sehr große objektive Schwierigkeiten bei den Wahlen zu überwinden, die noch vorhandenen Illusionen, die die Massen und die Parteien. Aber trotz aller objektiven Schwierigkeiten hätten wir nicht eine Million Stimmen verlieren dürfen, sondern bei richtiger Durcharbeitung der Partei und richtigem Verständnis der jetzigen Situation hätten wir im großen und ganzen Resultate wie in Berlin erzielen müssen. Für das Kraftbewußtsein unserer Partei wäre das ein wichtiger Faktor gewesen. Wenn wir nach sechs Jahren Schandtat der SPD. eine Wahl erleben, worin es der SPD. möglich ist, die Frage zu stellen, daß wir ein Bündnis mit der Reaktion haben, so haben wir noch nicht genügend stark unsere Linie gegenüber der SPD. betont. Daß die Partei in der Frage der Parla-ments-objektiven Schwierigkeiten hatte, und es nicht verstand, dies den Massen verständlich zu machen, war ein Grundfehler, der sofort zu korrigieren ist. Daß sogar die Sozialdemokratie von uns lernt, zeigen die Kinderkompeten der österreichischen Sozialdemokratie im Parlament. Wir haben eine ganze Reihe anderer Fehler gemacht, die sich schwer rächen. Zum Beispiel die Nichtbeachtung der Frage Schwarz-Rot-Gold. Der rote Front-lämpfer-Bund hat den ganz einfachen politischen Grundgedanken, das Rot der Klassenfront des unversöhnlichen Klassenkampfes dem Gedanken der Koalition mit der Bourgeoisie gegenüberzustellen. Diese ganz einfache Tatsache hat die Partei nicht verstanden auszuwerten. Erst im letzten Teil der Wahlkampagne haben wir diesen Fehler wieder etwas weit gemacht. Daß wir es in den Betrieben verstehen, die Massen zu uns herüberzuziehen, hat uns gefehlt, trotz aller Beschlüsse der Einheitsfront von unten. Daß wir die Gewerkschaftskampagne und die Kampagne für das Gothaer Programm zu schwächlich geführt haben, sind Grundfehler, die mit den inneren Schwankungen innerhalb der Partei erklärt werden können. Mit dieser inneren Unsicherheit der Mitglieder muß gebrochen werden. Wir müssen das Gefühl der Notwendigkeit und Richtigkeit unserer Politik wirklich in unsere Mitgliedschaft hineinbringen.

Die SPD. wird die Höhe, die sie erreicht hat, nicht behalten, wenn wir es verstehen, vorwärts zu marschieren. Aber dieses „wenn“ ist die Voraussetzung, die wir zu schaffen haben. Die SPD. ist trotz ihres großen Stimmengewinnes die politisch unsäglichste Partei. Das zeigen die Regierungsverhandlungen. Die SPD. hat zwei Linien: die Unterstützung der Bürgerlichen und die linke Linie, die sich uns in der Lösung, daß die SPD. die einzige Arbeiterpartei sei, zeigt. Wir müssen unsere Mitglieder damit ausrüsten, daß sie die Aufregung des bürgerlichen Charakters der SPD. nicht nur an dem Ebert-Prozess und dem Darmat-Konzern, sondern konsequent in allen Einzelheiten durchführen.

Das Zentrum ist längst für die Reichsregierung entschlossen, wagt aber nicht diesen Schritt zu machen, weil es sich vor den Arbeitern fürchtet. Diese innere Erschütterung des Zentrums muß von uns besser ausgenutzt werden. Man kann heute behaupten: welche Regierung auch geboten werden möge, ob Luther oder Wirth, diese Regierung lebt nicht lang. Wir dürfen uns nicht auf den Boden der Frage setzen lassen, welche Regierungs-kombination die besseren wären, sondern wir müssen die Frage aufstellen: Was wollen die Arbeiter von einer Regierung? Vor einem Jahre stand vor uns die Frage des Kampfes gegen die schändlichen Gorden und der Bewahrung der Arbeiter. Heute sind es die Fragen des Achtstunden-tages, des Lohnes, der sozialen Entrechtung. Nur wenn wir die Regierungskritik herunterleben vom Parlament auf die Fragen des täglichen Arbeiterlebens, können wir die Forderungen entwickeln: Weg mit jeder bürgerlichen Regierung! Her mit der Diktatur des Proletariats!

Wir befinden uns in einer Kampagne für die Gothaer Forderungen. Wir werden das Gothaer Programm bei den Betriebsräte-wahlen in den Vordergrund stellen. Wir müssen diese Kampagne verstärken durch eine wirkliche Massenkampagne der Zustimmung zum anglo-russischen Komitee. Diese Kampagne in Verbindung mit der Weiterführung der Zellenarbeit, das ist die aktuelle politische Aufgabe, die die Partei sich stellt.

Einige Worte über die Arbeit auf dem Lande. Wir dürfen nicht vergessen, daß die Arbeit mit dem einmaligen Hinausfahren auf das Land nicht getan ist, zweitens, daß die Landarbeit nicht darin besteht, Spezialforderungen für die Bauern aufzustellen, drittens, daß auch Landarbeiter in Deutschland erfahren, und viertens dürfen wir nicht vergessen, daß wir ein Bündnis mit dem Landproletariat anzustreben haben, und uns hüten müssen, es zu einer Verteilung von Stadt- und Landarbeitern kommen zu lassen.

Aus den Wahlstatistiken über die getrennten Abstimmungen von Männern und Frauen geht hervor, daß z. B. in Oera das Verhältnis der kommunistischen Frauenstimmen besser ist, als in Köln. Das ist erklärlich, weil in Thüringen Frauenarbeit in der Textilindustrie eine große Rolle spielt. Wir müssen also weiter den Schwerpunkt unserer Frauenagitation auf die Arbeiterinnen in den Betrieben verlegen.

In unsere Genossenschaftsarbeit hat sich ein Zug eingeschlichen, den wir nicht ertragen können. In einer Genossenschaftsbesprechung, die zweifellos vom Gen. Brandler geschrieben worden ist, wird als Ziel der Genossenschaftsarbeit bezeichnet, den Arbeitern billige Lebensmittel zu verchaffen. Das heißt echt sozialdemokratische Politik treiben. Wir werden unsere Genossenschaftsarbeit so nicht anfangen, sondern sie andersartig führen.

Es wurde in der Wahlkampagne vielfach die Parole aufgeworfen: Wir schwimmen gegen den Strom. Und weil dem so ist, müssen wir verlieren. Soviel Nichtigkeit in diesem Satz enthalten ist, ist es doch falsch, dies als eine Parole auf die Dauer anzugehen. Die Ausprägung der imperialistischen Krise gibt uns die Gewissheit, daß der Strom wieder umfließen wird. Es heißt nicht rückwärts, sondern vorwärts zu gehen, und zu diesem Vorwärtsgang kann der Zentralschub sein gutes Teil beitragen.

Gewerkschaft.

Wie sich die SPD. selbst entlarvt.

Im "Vorwärts" Nr. 18 vom 11. Januar wird ein Antrag der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zur Neuordnung der Erwerbslosenfürsorge bekanntgemacht, der grundsätzlich die Bildung der Fürsorge durch die Arbeitslosenversicherung fordert und für diese einwillige Verbesserung der Erwerbslosenfürsorge folgende Forderungen stellt: Beseitigung des Defizits der Bedürftigkeit, Bezahlung der Notstandsarbeiten nach Tarif, Erhöhung der Unterstützungssätze der männlichen Arbeitslosen um 50 Prozent, Gleichstellung von Männern und Frauen, Beseitigung der Hilfsarbeit und Wiederberufung der Beitragspflicht, für die Unterstützung der arbeitslosen Landarbeiter und Hausangestellten.

Diese Anträge der Sozialdemokratischen Fraktion sind eine elende Scheuerei und stehen im schärfsten Gegensatz zu ihrer bisherigen Tätigkeit in den Reichs-, Landes- und Kommunalparlamenten, der Praxis und Tätigkeit sozialdemokratischer Verbände in den Behörden.

Schon vor dem Zustandekommen der Ermächtigungsgesetze schrieb die sozialdemokratische Presse, insbesondere der "Vorwärts", daß der Begriff der "Bedürftigkeit" im engeren Sinne in der öffentlichen Fürsorge angewandt und der privaten Fürsorge weiterer Spielraum gegeben werden müsse. In allem Kommunalparlamenten haben die sozialdemokratischen Stadtverwaltungen und Stadtparlamente nichts getan, um den Arbeitslosen eine weitgehende Unterstützung zuteil werden zu lassen. Sie taten auch nichts, um den Erwerbslosen, die zur Zwangsarbeit gezwungen wurden, die tarifmäßige Bezahlung zukommen zu lassen. In allen Städten haben die Sozialdemokraten die Bezahlung der Notstandsarbeiter nach Tariflohn brüskell abgelehnt. Der Erwerbslosenparagraf im NSDAP-Vorstandspflichtgesetz am 15. Dezember 1923 an den NSDAP-Ortsausschuß in Krefeld: Die neuen Bestimmungen, wonach alle Erwerbslosen zu Gegenleistungen verpflichtet werden können, muß unsere grundsätzliche Zustimmung finden. Die Sozialdemokraten im Preussischen Landtag beteiligten nicht nur den Zwangsarbeitszwang der Arbeitslosen, sondern stimmten auch dafür, daß auch die fürsorgeberechtigten Kriegsgenossen, Sozial- und Kleinrentner zu Zwangsarbeiten gezwungen werden können. Der sozialdemokratische Abgeordnete Marolle hatte den Mut, diesen Standpunkt gegenüber der kommunistischen Sprecherin, Genossin Trendelenburg, zu verteidigen. Und war sie es nicht, die die Zwangsarbeit durch die Zustimmung der Ermächtigungsgesetze ermöglichte? Auch die Forderung der SPD, nach Gleichstellung der Männer und Frauen ist eine elende Phrase, denn die Sozialdemokraten haben im sozialpolitischen Ausschuß des Reichstages am 17. Oktober 1924 gegen den kommunistischen Antrag, der verlangte, daß die Differenz des Betrages gemäß dem Beschluß des Reichstages an die weiblichen Arbeitslosen rückwirkend ausbezahlt wird, gestimmt. Sie stimmten damals einem Antrag zu, der das Reichsarbeitsministerium nur "erlaubt", entsprechend den Beschläüssen die Unterstützung auszusprechen. Die SPD ist daher mitschuldig an der Mißachtung der Reichstagsbeschlüsse durch das RWM und der bisher nicht erfolgten Auszahlung der gleichen Unterstützungssätze für Frauen wie für Männer. Auch die Erhöhung der Erwerbslosenrate um 50 Prozent, wie sie jetzt die SPD fordert, könnten die Erwerbslosen schon längst haben, wenn die SPD sich schon früher für die Interessen der Erwerbslosen eingesetzt hätte. Das taten sie nicht. Sie waren immer die ersten und die treuesten Verteidiger der Beschlüsse der Regierung. Und jetzt plötzlich wollen sie ihr warmes Herz für die Arbeiter zeigen, da sie seitens von dem Durchfall ihrer Anträge im Reichstag überzeugt sind. Wenn so die Opposition der SPD zur Regierung ausbleibt, dann hat die SPD, erneut bewiesen, wie ihre Anträge nur parlamentarischen Manövern dienen. Die Arbeiterkraft und die Arbeitslosen haben aber um so mehr Anlaß, für die kommunistischen Forderungen ernsthaft zu kämpfen. Ohne Massenbewegung der Arbeitslosen wird das parlamentarische Manöver der SPD zu ihrer Freude abgelehnt werden.

Dreischichtensystem bedeutet noch nicht Achtstundentag

Der Beschluß des Reichswirtschaftsrates, dem Reichsarbeitsminister die Wiedereinführung des Dreischichtensystems an Stelle des Zweischichtensystems in den Hochöfen und Kokereien ab 1. März 1925 zu empfehlen, — wird unter dem Tisch fallen, wenn die Schwerarbeiter in den Hütten und im Bergbau sich zu einer Kampffront nicht zusammenschließen. Wichtig ist aber beim Zusammenschluß dieser Kampffront, sich im Auge zu behalten, daß auf Grund der berücksichtigten Arbeitszeitverordnung vom 31. Dezember 1923, zu der die SPD ihre Zustimmung gab, das Dreischichtensystem noch keinesfalls den Achtstundentag für die Hüttenarbeiter bedeutet, sondern mindestens die 56-Stundenwoche, die sogar beim entsprechenden Dreischichtensystem zu 60 Stunden ausgedehnt werden kann. Die Schwerarbeiter der Hüttenindustrie müssen die Tatsache wohl im Auge behalten, um zu begreifen, daß ihre Stelle immer in der Einheitsfront mit den Bergarbeitern um Siebenstundenschicht unter Tage und Achtstundentag bleibt.

HAMBURG AUF DEN BARRIKADEN

Erlebtes und Erhörtes aus dem Hamburger Aufstand 1923

Von Larissa Reissner.
(Copyright by Neuer Deutscher Verlag, Berlin.)

In großen Städten vergeht ein Aufstand spurlos. Eine Revolution muß groß und lieghaft sein, wenn die Spuren der Zerstörungen, ihre herben Wunden, die weißen Trichter der Kanonen an den Mauern, die mit den Bodenarbeiten des Maschinenwerks bedeckt sind, sich einige Tage lang erhalten sollen.

Nach zwei, drei Tagen, nach zwei, drei Wochen verschwindet — zusammen mit den von schmutzigen Regenrinnen umströmten, mit einer Bajonettspitze von der Mauer abgerissenen Fetzen der Plakate — die kurze Erinnerung an den Straßenkampf, an das aufgewühlte Pflaster, an die Bäume, die Brücken gleich über die Straße der Straßen und die Bäche der Gassen hinübergeworfen waren.

Hinter den Schuldigen schlagen die Gefängnistore zu: aus den Fabriken hinausgeworfen, sind die Teilnehmer an einem Aufstand gezwungen, in einer anderen Stadt — in einem entfernten Viertel Arbeit zu suchen; nach der Niederlage vertrieben sich die Arbeitslosen in fernem namenlosen Winkel — die Frauen schweigen, die Kinder leugnen, in ewiger Jucht vor den allzu freundlichen Fragen eines Spießes, — und die Legende über die Tage des Aufstandes verweht, wird vergessen. Aber: von dem Darm des wiederhergestellten Verkehrs, der wieder aufgenommenen Arbeit. Die neue Arbeiterschaft in den Fabriken tritt an die verfallenen Werkbänke, raumt sich eine Weile einige Namen und einige besonders geliebte Schäfte zu, — aber auch das vergeht.

Der Arbeiter hat in den Grenzen eines bürgerlichen Staates keine Rechte; die Spiege seiner Helden führen das Standrecht und der Justizvorsteher aus dem menschlichen Bereich. Die Bourgeoisie das verabschiedete Andenken an die für sich ererbte Macht mit Vergeltung zu erwidern.

Der 31. weist Wege für unsere Gewerkschaftsarbeit

Der Zentralschuß, die höchste Parteinstanz zwischen den Parteitagungen, stellte am 11. d. Mts. fest, daß wir vorwärts zu marschieren müssen, weil das Stehenbleiben ein Rückwärtsgang ist, ein Zurückgehen bedeutet. Und zugleich stellt er fest, daß wir vor allem in unserer Gewerkschaftsarbeit vorwärtsmarschieren müssen und können. Die Gewerkschaftsarbeit bildet für die Partei kein Problem, keine Frage mehr. Innerhalb der Partei herrscht völlige Klarheit darüber, daß die Arbeit in den Gewerkschaften, die Arbeit zwecks Eroberung der Massen in den Gewerkschaften die Arbeit bildet, die nach den Lehren unseres großen Führers Lenin die Avantgarde des Proletariats, die kommunistische Partei mit den gesamten Arbeitermassen verbindet auf dem Wege zum Bündnis mit den gesamten ausgebeuteten Klassen des Volkes.

Wollen wir in unserer Gewerkschaftsarbeit vorwärtsmarschieren, dann dürfen wir nicht in den Gewerkschaften nur aus Disziplin, sondern müssen aus tiefer begehrteter Überzeugung arbeiten. Wir müssen begreifen, daß in dem Mittelpunkt der gesamten Tätigkeit der Partei die Tageskämpfe des Proletariats stehen. Wir müssen begreifen, daß das Glied der Kette, die zur Revolution führt, heute das Minimalprogramm: die Eroberung des Achtstundentages und der menschlichen Ökonomie bildet. Und wir müssen uns darüber klar sein, daß unser Gothaer Programm, nicht als leere Phrase, sondern als politische Zusammenfassung dieser Tageskämpfe begriffen, die Verbindung der Teilkämpfe mit dem revolutionären Ziel herstellen soll und kann.

Der 8. Abschnitt der vom Zentralschuß einstimmig angenommenen Thesen zur politischen Lage lautet:

Nur langsam beginnt das internationale Proletariat sich auf sich selber zu beziehen. Der Versuch der Durchführung des Dawesplanes ist ein schwerer, unerträgliches Drama für das gesamte europäische Proletariat. Denn die Verwandelung Deutschlands in eine "Industriezone" bringt den ungeheuren Effekt einer gewöhnlichen Kolonialisierung: nicht Korruptionsbroden für die Arbeiter der imperialistischen Länder, sondern gestiegene Ökonomie und verlängerte Arbeitszeit als Ausgleich mit den Methoden der Industriezone, als einziges Mittel, um ihr zu konkurrieren und zugleich das Höchstmögliche aus ihr herauszupressen.

Dieser theoretisch richtige und durch die Praxis bereits entscheidend bestätigte Satz beleuchtet hell die kommende Entwicklung, die Zulassung der Klagenangelegenheiten in ganz Europa. Er enthält zugleich in sich die Notwendigkeit der Verschlechterung des Lebensstandards der deutschen Arbeiterklasse. Zur Zeit des blühenden Imperialismus konnte die Bourgeoisie eines imperialistischen Landes auf Kosten ihrer Rohstoff- und Absatzkolonien einen Teil ihrer Arbeiterklasse bestechen. Diese Bestechung besetzten die reformistischen Gewerkschaftsführer, die dafür die Interessen der großen Masse der nichtorganisierten

Arbeiter ihnen doch kaum bessere Bedingungen schaffen, als die 8 1/2 Stunden pro Tag.

Die Schwerarbeiter in der Hütten- und Bergbauindustrie sind innigst aufeinander angewiesen. Lassen sie sich durch Manöver des Reichswirtschaftsrates, des Reichsarbeitsministeriums oder der reformistischen und christlichen Gewerkschaftsführer trennen, dann wird die Aussicht auf die heilige Erzwangung der Siebenstundenschicht und des Achtstundentages erschwert, ihr Kampf zehnjährige Opfer erfordern.

Das Gebot der Stunde lautet: Schwerarbeiter des Metall- und des Bergbaues, bleibt einmütig zusammen, schließt die Arbeiterfront, laßt euch nicht trennen!

Weitere Erfolge bei den Ortsverwaltungenwahlen.

Bei den Ortsverwaltungenwahlen NSD. in Oelsenkirchen entfiel auf die Liste der Kommunisten 325 Stimmen, auf die Liste der Sozialdemokraten 318 Stimmen.

In Stuttgart wurden als Delegierte zur Generalversammlung des Deutschen Fabrikarbeiterverbandes nur Kommunisten gewählt.

Grobret die Betriebe!

Mahregelung der Streikbrecher und gelegentlicher Verbrügelung der Polizei. Die Hamburger Arbeiterinnen haben sich in diesen Monaten besonders ausgezeichnet; im allgemeinen sind die Frauen einer großen Hafenstadt weitaus selbständiger und politisch gereifter als ihre Genossinnen in den meisten Industriezentren Deutschlands. Sie waren es, die im August des Vorjahres ihre Männer hinderten, die Arbeit in den streikenden Werften wieder aufzunehmen. Ihre lebendige Kette vermachte weder Polizeibajonetts, noch keimtüchtige Arbeiterhäuse, die bereit waren, jede Bedingung der Arbeitgeber anzunehmen, von dem Erlaß zu verdrängen und zu durchbrechen. Einer dieser Zusammenstöße endete mit der Entwaffnung und Verbrügelung einer Polizeieinheit, zumal ihres Leitnants, der sie leitete und dafür im schmachvollen, kalten Eiswasser ein Bad nehmen mußte.

Begonnen im August, hat diese Bewegung nicht mit einem Zusammenbruch geendet, wie die Bourgeoisie ausposaunt, und auch nicht mit einer glänzenden militärischen Demonstration der Reichskräfte; diese Bewegung wird nur mit einem Siege oder mit einer Niederlage der gesamten Arbeiterklasse Deutschlands enden. In dieser Kontinuität, in diesem festen und anhaltenden Anwachsen, das die Hamburger Genossinnen auszeichnet, liegt der grundlegende Unterschied des bewaffneten Aufstandes von dem sogenannten politischen Putzsch.

Der "Putzsch" hat weder eine Bergangenszeit noch eine Zukunft — er ist entweder ein endgültiger Sieg oder eine ebenso rasch wieder gutmachende, hoffnungslose Niederlage. Wenn eine Revolution stark ist und von einer starken, kampfbereiten Partei geleitet wird, — dann kann sie sich zurückziehen, ihre Federn wieder spannen, sich auch nach dem verzweifeltsten Durchbruchversuch wieder zusammenrufen. Wenn das Proletariat schmach, politisch nicht trainiert, nicht gefähigt ist, dann lebt es in der Hoffnung auf einen kurzen Stoß, auf einen blutigen, scharfen Ausbruch, aber zu einer anhaltenden Spannung ist es nicht fähig. Mag dieser kurze Stoß die größte Anspannung, die ungeheuerlichen Opfer kosten, die schlecht zusammengewürfelten lockeren Massen werden zu allem bereit sein, wenn eine politische Hoffnung auf einen vollenden, endgültigen Sieg besteht. Aber einen solchen Versuch, die Macht zu erobern, aus diesem oder jenem Grund ein Mißerfolg folgt, — dann zerfallen diese Massen, lösen sich aus jeder Organisation heraus, verschärfen ihre Niederlage durch eine wütende Selbstkritik. Die regulären Stammsgruppen der politisch gereiften Massen dagegen setzen nach einem Sturmangriff zu ihren alten Schützengruben der "Friedenszeit" zurück, sie sind fähig, die langweilige, langsame Zeigerarbeit, die Mitarbeiterarbeiten des illegalen Kampfes und die allfälligen kleinen Schamühel wieder aufzunehmen.

(Fortsetzung folgt.)

Arbeiter preisgaben und mit Hilfe der bestochenen Arbeiteraristokratie die Gewerkschaften zu einem der mächtigsten Werkzeuge des Herrschaftssystems der eigenen Bourgeoisie machten.

Die Kolonie Deutschland muß eine andere Entwicklung ausleben. Die reformistische Gewerkschaftsarbeit wird gezwungen sein, — um die Herrschaft der eigenen Bourgeoisie heute zu retten — die gewerkschaftlichen Interessen der gesamten Arbeiterklasse preiszugeben. Und das ist das Einschneidende. Nun wenn es der reformistischen Gewerkschaftsführung gelingt, die großen Massen der Arbeiter außerhalb der Gewerkschaften zu halten, das Gewerkschaftsmonopol in Händen weniger hunderttausend Arbeiteraristokraten zu behalten, nur dann werden sie ihrer Bourgeoisie den notwendigen Dienst erweisen können. Deshalb ihr Kampf gegen die Gewerkschaftseinheit, daher ihr Kampf für Spaltungen, ihre Ausschlußkampagne, ihre Propagandakampagne um die Arbeitermassen vom Eintritt in die Gewerkschaften abzuweichen.

Daraus ergibt sich klar unsere Lösung: unermüdbare Kampf und Werbung um die Sineinführung der gesamten Arbeitermassen in die Gewerkschaften, in die Verwandlung der Gewerkschaften aus Streikbrecherorganisationen, zu Klassenkampfororganisationen durch ihre Verwandlung aus kleinen Verbänden zu Massenorganisationen.

Nun wir dies, vergessen wir dies nicht, so werden wir bald umstände sein, den gesamten Arbeitermassen zu helfen, daß nur wir die einzige Arbeiterpartei sind. Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer müssen in der gegenwärtigen Situation die gewerkschaftlichen Interessen aller Arbeiter preisgeben. Unsere Aufgabe ist es, der SPD nicht zu gestatten, sich an die Spitze der Tageskämpfe zu stellen, weil sie es nicht tut nur um diese Kämpfe zu verraten, sondern wir selbst müssen an die Spitze treten, um den Verrat zu verhindern, die Kämpfe wirklich vorzubereiten, erfolgreich zu führen durch die unentbehrliche politische Zulassung.

Es muß uns klar sein, daß die Bourgeoisie die parlamentarischen Kompensationen nicht befürchtet. Worauf es ihr ankommt, ist es, daß der Unternehmer im Betriebe Ruhe hat, den Profit, den er braucht, herausholt.

Und so wies uns der Zentralschuß klar die zwei letzten Aufgaben:

Bei den Ortsverwaltungenwahlen schärfster Kampf um die Entfernung der beherrschenden sozialdemokratischen Kampfaboteure aus dem unteren Gewerkschaftsapparat.

Bei den Betriebsrätewahlen Kampf um die Schaffung der roten Front im Betriebe, im Kampfe um die freigewerkschaftlichen Listen gegen die SPD.

Diesen Kampf führen wir in diesen Wahlen gestützt auf das Gothaer Programm und auf das englisch-russische Komitee zur Verfestigung der internationalen Gewerkschaftseinheit.

Der Zentralschuß hat sein Wort gesprochen. Nun ist die Reihe an den revolutionären Gewerkschaftsfraktionen!

Bei den Ortsverwaltungenwahlen NSD. in Oelsenkirchen entfiel auf die Liste der Kommunisten 325 Stimmen, auf die Liste der Sozialdemokraten 318 Stimmen.

In Stuttgart wurden als Delegierte zur Generalversammlung des Deutschen Fabrikarbeiterverbandes nur Kommunisten gewählt.

Bei den Ortsverwaltungenwahlen NSD. in Oelsenkirchen entfiel auf die Liste der Kommunisten 325 Stimmen, auf die Liste der Sozialdemokraten 318 Stimmen.

In Stuttgart wurden als Delegierte zur Generalversammlung des Deutschen Fabrikarbeiterverbandes nur Kommunisten gewählt.

Bei den Ortsverwaltungenwahlen NSD. in Oelsenkirchen entfiel auf die Liste der Kommunisten 325 Stimmen, auf die Liste der Sozialdemokraten 318 Stimmen.

In Stuttgart wurden als Delegierte zur Generalversammlung des Deutschen Fabrikarbeiterverbandes nur Kommunisten gewählt.

Bei den Ortsverwaltungenwahlen NSD. in Oelsenkirchen entfiel auf die Liste der Kommunisten 325 Stimmen, auf die Liste der Sozialdemokraten 318 Stimmen.

In Stuttgart wurden als Delegierte zur Generalversammlung des Deutschen Fabrikarbeiterverbandes nur Kommunisten gewählt.

Bei den Ortsverwaltungenwahlen NSD. in Oelsenkirchen entfiel auf die Liste der Kommunisten 325 Stimmen, auf die Liste der Sozialdemokraten 318 Stimmen.

In Stuttgart wurden als Delegierte zur Generalversammlung des Deutschen Fabrikarbeiterverbandes nur Kommunisten gewählt.

Bei den Ortsverwaltungenwahlen NSD. in Oelsenkirchen entfiel auf die Liste der Kommunisten 325 Stimmen, auf die Liste der Sozialdemokraten 318 Stimmen.

In Stuttgart wurden als Delegierte zur Generalversammlung des Deutschen Fabrikarbeiterverbandes nur Kommunisten gewählt.

Bei den Ortsverwaltungenwahlen NSD. in Oelsenkirchen entfiel auf die Liste der Kommunisten 325 Stimmen, auf die Liste der Sozialdemokraten 318 Stimmen.

In Stuttgart wurden als Delegierte zur Generalversammlung des Deutschen Fabrikarbeiterverbandes nur Kommunisten gewählt.

Bei den Ortsverwaltungenwahlen NSD. in Oelsenkirchen entfiel auf die Liste der Kommunisten 325 Stimmen, auf die Liste der Sozialdemokraten 318 Stimmen.

In Stuttgart wurden als Delegierte zur Generalversammlung des Deutschen Fabrikarbeiterverbandes nur Kommunisten gewählt.

Bei den Ortsverwaltungenwahlen NSD. in Oelsenkirchen entfiel auf die Liste der Kommunisten 325 Stimmen, auf die Liste der Sozialdemokraten 318 Stimmen.

In Stuttgart wurden als Delegierte zur Generalversammlung des Deutschen Fabrikarbeiterverbandes nur Kommunisten gewählt.

Bei den Ortsverwaltungenwahlen NSD. in Oelsenkirchen entfiel auf die Liste der Kommunisten 325 Stimmen, auf die Liste der Sozialdemokraten 318 Stimmen.

In Stuttgart wurden als Delegierte zur Generalversammlung des Deutschen Fabrikarbeiterverbandes nur Kommunisten gewählt.

Bei den Ortsverwaltungenwahlen NSD. in Oelsenkirchen entfiel auf die Liste der Kommunisten 325 Stimmen, auf die Liste der Sozialdemokraten 318 Stimmen.

In Stuttgart wurden als Delegierte zur Generalversammlung des Deutschen Fabrikarbeiterverbandes nur Kommunisten gewählt.

Bei den Ortsverwaltungenwahlen NSD. in Oelsenkirchen entfiel auf die Liste der Kommunisten 325 Stimmen, auf die Liste der Sozialdemokraten 318 Stimmen.

In Stuttgart wurden als Delegierte zur Generalversammlung des Deutschen Fabrikarbeiterverbandes nur Kommunisten gewählt.

Bei den Ortsverwaltungenwahlen NSD. in Oelsenkirchen entfiel auf die Liste der Kommunisten 325 Stimmen, auf die Liste der Sozialdemokraten 318 Stimmen.

In Stuttgart wurden als Delegierte zur Generalversammlung des Deutschen Fabrikarbeiterverbandes nur Kommunisten gewählt.

Bei den Ortsverwaltungenwahlen NSD. in Oelsenkirchen entfiel auf die Liste der Kommunisten 325 Stimmen, auf die Liste der Sozialdemokraten 318 Stimmen.

Wirtschaftliche Rundschau

Junkerkredite zum Bauernlegen.

Wie Kantz die Produktivität der Landwirtschaft hebt.

Der Junkerminister Kantz, eine der deutschnationalen Stützen der Bürgerblock-Regierung, kündigt Kredite zur Hebung der Produktivität der Landwirtschaft durch „Verbesserung der Produktionsmittel“ und „Erniedrigung der Produktionskosten“ an. Die Landwirtschaft soll durch Anwendung von Motorpflügen intensiviert werden. Dazu will er billige Kredite zur Verfügung stellen.

In seiner Bekanntmachung weist Kantz darauf hin, daß es gelungen sei, durch Serienproduktion deutsche Traktoren zu den Preisen, die Ford-Traktoren in Deutschland haben, herzustellen. Die „Landwirtschaft“ soll gegen eine Anzahlung von 10 Prozent bei der Bestellung, 15 Prozent des Preises bei der Lieferung des Pfluges und gegen Wechsel für den kreditierten Teil die Traktoren kaufen können.

Kantz empfiehlt zum Ueberfluß noch die Motorgeräte verschiedener Firmen, und zwar Radschlepper zum Preise von 4500 bis 5000 M., Raupenschlepper zum Preise von 8500 bis 10 000 M. und Kraftpflüge zum Preise von 4050 bis 5350 M.

Die Maßnahmen des Junkerministers scheinen im Interesse der breiten Massen zu liegen. In Wirklichkeit dienen sie — unter dem Vorwand der Verbilligung der Lebensmittel — nur dem alten Plan der Schwerkapitalisten und Junker auf Erschließung des „inneren“ Marktes durch Industrialisierung der Landwirtschaft. Weil der Weltmarkt dem deutschen Kapitalismus mehr und mehr verschlossen ist, soll der „innere Markt“, wie Voegler zuletzt auf der Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie vorgeschlagen hat, entwickelt werden.

Aber die Entwicklung des inneren Marktes nach diesem Plan ist zusammen mit der Industrialisierung des Großgrundbesitzes die Vernichtung der arbeitenden Bauern, das Bauernlegen. Selbst der „Vorwärts“, der die Kantz-Vorschläge begrüßt, weist darauf hin, daß die „billigen“ deutschen Motorpflüge, als deren Agent der Herr Minister auftritt, sich immer noch teurer stellen als die amerikanischen Traktoren für die amerikanischen Farmer. Insofern bleibt auch die intensivierete deutsche Landwirtschaft immer noch hinter der amerikanischen Landwirtschaft zurück. Ja, die Kredite, indem sie auf einer Seite der Markt für die deutschen Motoren erweitern, hemmen zugleich den technischen Fortschritt in Deutschland, indem sie die besseren und billigeren ausländischen Erzeugnisse vom deutschen Markt ausschließen. So wirken die Produktionskredite des Grafen Kantz genau so wie Schutzzölle zugunsten der deutschen Automobilindustrie.

Weiter: Die Kredite werden von den Junkern verwaltet und den Junkern gegeben. Sie stammen anscheinend aus den Mitteln der zu liquidierenden Rentenbank, deren Verwaltung in den Händen des Großgrundbesitzes liegt. Sie werden vermittelt durch die landwirtschaftlichen Genossenschaften und landwirtschaftlichen Berufsvereine, deren Führung ebenfalls in den Junkerhänden liegt. Daran folgt, daß die billigen Kredite im wesentlichen den Junkern zugute kommen. Die Junker verbilligen zwar ihre Produktion, aber nicht ihre Preise. Denn die Preise der landwirtschaftlichen Produkte bestimmen die Junker nicht nach ihren Produktionskosten, sondern nach den Produktionskosten der teurer arbeitenden kleinen Bauern. Sie konkurrieren durch die Industrialisierung der Landwirtschaft die kleinen Bauern nieder und machen zugleich, indem sie billiger produzieren, noch Extraprofit auf Kosten der breiten Massen.

So weit die kleinen Bauern wirklich Kredite erhalten und Motoren anwenden können, was bei ihrem geringen Grundbesitz nur in genossenschaftlichem Verband möglich wäre, werden sie Schuldner der Junker. Die Schuldverhältnisse zwingt sie, damit sie die Wechsel rechtzeitig einlösen können, noch härter als bisher zu arbeiten und die Ernte gleich nach der Erbringung um jeden Preis zu verkaufen. Wie bei den amerikanischen kleinen Bauern werden die Kredite hier zum Mittel der Enteignung der kleinen Bauern zugunsten der Großrentner.

Die arbeitenden kleinen Bauern können sich gegen diese ihre Existenz vernichtende Industrialisierung der Landwirtschaft nur schützen, indem sie sich zu kämpfenden Genossenschaften zusammenschließen, die im festen Block mit dem revolutionären Proletariat den Kampf gegen das Industrie- und Agrarkapital aufnehmen. Gewähr: Hebung der Produktivität der Landwirtschaft durch billige Kredite. Aber die billigen Kredite müssen wirklich billig sein und den arbeitenden Bauern zugute kommen. Das ist nur möglich gegen das Großkapital in Stadt und Land und gegen seine Bürgerblock-Regierung.

Straßenbahn-Sanierung auf Arbeiterkosten.

Die Goldbilanz der Berliner Straßenbahn.

Die Berliner Straßenbahn hat ihr Kapital, beginnend mit dem 1. Januar 1924, im Verhältnis von 10:3 auf 15 Millionen Goldmark umgestellt. Die Hypothekenschulden, die durch die Geldwertvermehrung vermindert sind, sind gemäß der Aufwandsverordnung mit 15 Prozent ihres Nennbetrags, gleich 283 500 M., abzusetzen. An Bankguthaben sind 1,2 Millionen Mark vorhanden.

Das tatsächliche Vermögen der Straßenbahn ist weit größer als der Goldbetrag ihres Kapitals. Allein der Wert des Wagenparks (2000 Wagen) wird auf 40 Millionen Mark geschätzt.

Die Goldbilanz verleiht, daß die Sanierung der Straßenbahn abgeschlossen ist. Sie weist wieder Ueberschüsse auf. Gemäß geltendem Recht ist sie durch den mit sozial-demokratischer Hilfe (Kauter-Friedland) durchgeführten Arbeiterblock durch zahlreiche Ueberschüsse und Hungerlöhne verbunden mit der reichlichsten Subventionierung der Benutzung der Straßenbahn gezwungen Bewilligung Berlin.

Die Straßenbahn-Bilanz ist nur ein Kapitel aus dem Skandal der sich Berlin verheißt. Die Hochbahn und die Omnibus-Gesellschaft sind Menschenaffen und Dividendenparasiten. Die Straßenbahn als städtisches Unternehmen ist eine Anlauf zur Erhebung indirekter Steuern aus den breiten Massen. Denn das bedeutet letzter Endes die mit der Verbilligung der Goldbilanz verbundene Anbahnung, daß die Verwaltung der Bahn entschlossen ist, einen „auskömmlichen Betriebsüberschuß“ zu schaffen.

Krupp

legt seine Goldbilanz vor. Das Kapital ist von 500 Millionen Mark auf 160 Millionen Goldmark gegen 180 Millionen Mark im 1924 zusammengelegt.

Das Goldkapital der zum Krupp-Konzern gehörenden Großwerke in Magdeburg beträgt 10 Millionen Mark, das der Germania-Werke in Kiel ebenfalls 10 Millionen Mark.

Die Zahl der im Konzern Beschäftigten ist von 97 000 Personen am 30. September 1923 auf 71 320 Personen am 30. September 1924 zurückgegangen.

Der Zusammenbruch der Sanierung Oesterreichs.

Ein Sechstel der Einwohner von Arbeitslosigkeit bedroht. — Die Krise der Erschöpfung.

Die Kindertrompeten-Obstruktion der österreichischen Sozialdemokraten ist nur die Begleitmusik, mit der sie die Verzweiflung der Massen über den betrügerischen Bankrott der Völkerbunds-Sanierung Oesterreichs übertönen wollen. Die österreichischen Sozialdemokraten im Bunde mit den Christlich-Sozialen haben ihr ganzes Vertrauen auf die hinter dem Völkerbund sich verborgenden internationalen großkapitalistischen Räuber gesetzt. Jetzt zeigt sich, daß der famose Völkerbund zwar Oesterreich ausplündern kann, aber nicht die Kraft hat, seine Finanzen und seine Wirtschaft zu sanieren.

Die Grundlage der österreichischen Sanierung ist, genau wie die Grundlage der Sanierung Deutschlands nach dem Dawes-Pakt, das Gleichgewicht des Staatshaushaltes mit Hilfe einer auswärtigen Anleihe. Zwei Jahre lang schien es so, als sei dies Gleichgewicht mit den Mitteln des brutalsten Beamtenabbaus, der rücksichtslosesten Sparmaßnahmen auf Kosten der Staatsarbeiter und der breiten Massen erreicht. Doch der letzte Monatsbericht des Völkerbunds-Kommissars für Oesterreich zeigt die wahre Lage. Die Ausgaben steigen, die Einnahmen, insbesondere aus Steuereingängen, fallen. Die Ausgaben sind von 730 Milliarden Papierkronen im Juli auf 902 Milliarden Papierkronen im September gestiegen. Die Einnahmen dagegen von 780 Milliarden Papierkronen im Juli auf 722 Milliarden Papierkronen im September zurückgegangen. Der Ueberschuß der Einnahmen über die Ausgaben, der noch im Juni vorhanden war, hat sich drei Monate später in ein Defizit von 380 Milliarden Papierkronen verwandelt.

Dabei wächst die Teuerung. Und damit werden die Forderungen der Beamten und Staatsarbeiter auf höhere Entlohnung immer drängender, so daß mit einem Wachsen des Defizits weiter zu rechnen ist.

Die Folge des Zusammenbruchs der Sanierung des Staatshaushalts ist die Unmöglichkeit, selbst wenn man zu einer endgültigen Stabilisierung der Krone überzugehen, indem man an Stelle der Kronenrechnung die Schillingrechnung einführt. Zwar ist seit der Sanierung der Kurs der Papierkrone im ganzen fest geblieben. Aber der Versuch, ähnlich wie in Deutschland an Stelle der Papierkrone die Goldrechnung zu setzen, ist gescheitert, weil eben infolge der gewaltigen Defizits des Staatshaushalts, beim Uebergang von der Papierkrone zum Goldschilling sich die schwankende Grundlage der Kronenstabilisierung offenbart hätte.

Im engsten Zusammenhang mit dem Loch im Staatshaushalt steht die Vertiefung der Wirtschaftskrise und die sich aus ihr ergebende

Massenarbeitslosigkeit.

Im Anfang der österreichischen Sanierung, nach der Ueberwindung der fürchterlichen „Gesundungskrise“, die die Beamtenbrots und die Fabrikarbeiter arbeitslos machte, schien es, als sei eine „Gesundung der Wirtschaft“ eingetreten. Aber die Ueberwindung der Krise war nur scheinbar: sie beruhte allein auf den brutalen Gewaltmaßnahmen des Völkerbunds-Kommissars und der ihm willfährigen Regierung des Pfaffen Seipel. Jetzt nützen auch die Gewaltmaßnahmen nicht mehr: die Krise ist durch sie nur noch vertieft worden.

Der „Oesterreichische Volkswirt“, eine bürgerliche Wirtschaftszeitung, schreibt in seiner Nummer vom 10. Januar 1925, daß die Arbeitslosigkeit für Oesterreich allmählich zur Lebensgefahr wird:

Die Meistbegünstigung als Vorstufe zu Hochschutzzöllen.

Zum deutsch-italienischen Handelsprovisorium.

Das vom 11. Januar bis zum 31. März 1925 geltende deutsch-italienische Handelsprovisorium beruht, wie bereits gemeldet, auf der gegenseitigen Meistbegünstigung. Diese Meistbegünstigung ist jedoch nur die allgemeine Formel der Handelsbeziehungen. Sie bekommt ihren wirklichen handelspolitischen Inhalt erst durch die sie ausfüllenden konkreten Bestimmungen. Diese bewirken, daß, wie beim deutsch-englischen Handelsvertrag, die gegenseitige Meistbegünstigung in ihr Gegenteil verwechselt wird: daß sie zur Verschleierung kommender Hochschutzzölle dient.

Die gegenseitige Meistbegünstigung im deutsch-italienischen Handelsvertrag hat nämlich Ausnahmen. So sind auf deutscher Seite von der Meistbegünstigung unter anderem ausgeschlossen: frische Tomaten, Tafel- und Kellertrauben, Schokolade, Kakowaren, Terpeninöl, Leinwand. Italien seinerseits nimmt von der Meistbegünstigung vor allem folgende deutsche Waren aus: Seide und Kunstseide und die Produkte der Rohseide und Eisen verarbeitender Industrie.

Die Ausnahmen der Meistbegünstigung laufen darauf hinaus, daß für italienische Agrarprodukte deutsche Hochschutzzölle gelten, während dafür die italienische Schwerindustrie von Deutschland Hochschutzzölle eingeräumt bekommt.

In dem so formulierten Handelsprovisorium spiegelt sich der Uebergang auch Italien zur wachsenden Industrialisierung wider. Maßgebend für die Gestaltung des italienischen Außenhandels ist nicht mehr das Agrarkapital, sondern es noch weniger die italienischen Bauern. Maßgebend ist das italienische Schwerkapital geworden. Der italienische Handelsminister, der sich zum Abkommen geäußert hat, rühmt denn auch die „Fortschritte der italienischen Landwirtschaft im Interesse der guten Handelsbeziehungen zu Deutschland“.

Für die deutschen Werkstätten bedeutet das Handelsabkommen, daß, wenn die deutschen Junker gestützt auf diese Abkommen, ganz allgemein Hochschutzzölle fordern werden, während zugleich die deutschen Schwerkapitalisten, die sich von Italien Hochschutzzölle gefallen lassen müssen, zum Schutz der heimischen Industrie, ihrerseits, Schutzzölle fordern werden.

Die Meistbegünstigung wird zur Vorstufe von Hochschutzzöllen.

Der deutsch-französische Zollkampf.

Der deutsch-französische Zollkampf ist in ein Stadium getreten, wo die beiden Parteien mit immer neuen Vorschlägen und durch Notensatz sich gegenseitig zum Nachgeben zwingen und die öffentliche Meinung für sich gewinnen wollen. Der Zweck der Uebung ist der, daß hinter den Verhandlungs-

„Der unterstützende Apparat verzeichnet augenblicklich 250 000 Arbeitslose. Aber die Ziffer täuscht. Sie enthält nicht viele Zehntausende von abgebauten Staatsbeamten, Angestellten usw., die keine Unterstützung genießen, weil sie noch im Genuß der Anfertigung stehen, die sie bei ihrer Entlassung erhalten haben. . . . Zu diesen 250 000 Arbeitslosen müssen

Zehntausende von Kurzarbeitern

und von überzähligen Angestellten . . . gerechnet werden, die längst abbaureif sind. Denn daß zumal im Bankgewerbe ein weiterer radikaler Abbau notwendig wird, steht leider außer Zweifel. Es ist mit den Angehörigen ein Kreis von mindestens einer Million Menschen, die bereits mit dem Elend der Arbeitslosigkeit ringen oder jeden Tag ihr Opfer werden können.“

Diese Ziffer, so sagt der „Oesterreichische Volkswirt“ weiter, übertreibt alles, was in den letzten Jahren irgendwo in Europa an Krisen erlebt worden ist. Und er fügt hinzu, daß Oesterreich seit der Revolution schon zweimal Krisen mit höheren Arbeitslosenziffern durchgemacht habe; aber beide Male hätten die Krisen „klare Ursachen“ gehabt, die ihren vorübergehenden Charakter deutlich erkennbar gemacht hätten. Die Krise von 1919 sei durch die ersten Hilfskredite des ausländischen Kapitals überwunden worden, die Krise von 1923 durch die Völkerbunds-Sanierung.

„Die Krise von Anfang 1925 ist

eine Krise der Erschöpfung.

eine Krise der Armut. Der furchtbare Aderlaß, den die österreichische Wirtschaft durch Börsenkraich, Bankspekulation, Bankbrüche usw. erlitten hat, ist über die Widerstandskraft des österreichischen Wirtschaftskörpers hinausgegangen. Die Passivität der österreichischen Wirtschaft nimmt jetzt die Form an, die sie bei ausgeglichtem Staatshaushalt (der nicht mehr vorhanden ist, d. Red.), bei stillgelegter Notenpresse annehmen muß.“

Das ist mit dem Gestammel der Hilflosigkeit das vollkommene bürgerliche Eingeständnis des Bankrotts der Sanierung, der Ausweglosigkeit aus der Krise. Oesterreichische Arbeiter, Beamte und Angestellte in ihrem Massenelend erhalten jetzt die Quittung dafür, daß sie sich von den Sozialdemokraten in den Sumpf der Sanierung widerstandslos haben hineinfallen lassen.

Für die deutschen Arbeiter ist und bleibt Oesterreich dieurchbarste Warnung für das, was ihnen selbst bevorsteht. Auch heute getrösten sich noch breite Arbeitermassen in Deutschland damit, daß das „Geld ja nun stabilisiert sei“ und sie sich wieder etwas kaufen können. Sie übersehen über diesem äußeren Scheinvorteil, daß ihre Löhne im Durchschnitt noch immer weit unter den Friedensreallohn stehen, daß die Stabilisierung durchgeführt und aufrecht erhalten wird durch ein mörderisches Anreizsystem, durch die Zehn- und Zwölfstundenfrist. Sie übersehen, daß die Arbeitslosigkeit auch in Deutschland schon wieder zu steigen beginnt, daß trotz und wegen der Dawes-Kredite die deutsche Wirtschaft als Ganzes aus dem Sumpf der Stag-nation nicht herauskommt.

Die Barmat-Kutischer-Skandale und die mit ihnen verbundenen Bankbrüche laufen genau so wie in Oesterreich die neue, tiefere Krise ein, die auch in Deutschland das Ende der internationalen Sanierung sein muß.

führen auf der einen Seite das französische Hüttenkomitee und auf der andern Seite die deutschen Schwerkapitalisten stehen, die mittels der Zollverhandlungen einander bekämpfen.

Nachdem die deutsche Delegation dem französischen Vorschlag auf Abschluß eines Handelsprovisoriums abgelehnt hat, weil dieser Vorschlag auf die Verlängerung des Versailler Diktats zugunsten der elsass-lothringischen Waren hinausläuft, hat die französische Regierung einen neuen Vorschlag unterbreitet. Er sieht — nach den Andeutungen der französischen Presse — ein Provisorium von acht bis zehn Monaten vor, das wiederum die Einfuhr aus Elsaß-Lothringen in den Mittelpunkt stellt. Insbesondere sollen Weine, Weinwaren und verarbeitetes Eisen durch einen Maximaltarif über den Deutschland nicht hinweggehen darf, begünstigt werden.

Die Dawes-Fessel und die Ausbuhrgabe von 26 Prozent will das französische Großkapital durch die Fessel der Handelsverträge verstärken. Das deutsche Großkapital hat darauf nur die Antwort des Zollkrieges.

Die deutschen und die französischen Werkstätten müssen mit dem Kampf um die Sozialisierung antworten.

Eine Ueberfremdungsbank Morgans in Deutschland.

Nach der „B.Z. am Mittag“ plant Morgan die Errichtung einer Bankfiliale in Berlin. Sie soll der Verwaltung der nach Deutschland gegebenen Morgan-Kredite dienen. Das heißt: sie soll die durch die Kredite überfremdeten deutschen Unternehmungen kontrollieren. Sie wird damit zu einer Erziehung und zugleich zu einer Konkurrenz der deutschen Banken in denen bereits amerikanisches Kapital arbeitet, wie das zum Beispiel bei der Deutschen Bank der Fall ist, bei der 40 Millionen des Aktienkapitals sich in amerikanischen Händen befinden.

Zugleich plant die Morgan-Bank, die ein Kapital von 8 Millionen Mark und Betriebsmittel von 20 bis 22 Millionen Mark haben und deren Leitung im wesentlichen aus Amerikanern bestehen soll, die weitere Kreditvermittlung in die Hand zu nehmen. Auf diese Weise will sie unter dem Vorwand der Verbilligung des amerikanischen Kredits der durch die Wucherprovisionen der deutschen Banken bisher verteuert ist, einen Teil der Vermittlerprovisionen in die eigene Tasche stecken.

Neue Maßnahmen zur Belebung des Binnenhandels in Rußland sind vom Volkskommissar für Binnenhandel eingeleitet worden. Es soll namentlich die bestehende starke Spannung zwischen den Engros- und Detailpreisen beseitigt werden und gleichzeitig eine Senkung der Engrospreise erfolgen, was eine Verbilligung der betroffenen Waren bedeuten würde. Gleichzeitig soll eine Beschließung der zuständigen Behörden über die Verlängerung der Kredite der Staatsbankrottorganisationen und Handelsunternehmungen der Konsumgenossenschaften herbeigeführt werden.